

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Genua- und Rheingebiet, Oesterreich, Litauen, Lugaun 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Konparellzeile 6.70 Goldmark, Restzeile 4.- Goldmark. „Reine Anzeigen“ des festgedruckten Wortes 0.30 Goldmark (inkl. 100 Zeichen). Leber (Leberdruck) 0.10 Goldmark, Stellenangebote des ersten Wortes 0.10 Goldmark, Leber weitere Worte 0.05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten je 0.30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar gleich durch 4.20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Postamt, Berlin SW 68, Einreichung, abgegeben werden. Druckzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 1. November 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Vertriebskonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Dickschloß-Gesellschaft, Devotenteile Lindenstraße 3

Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Prüfung des Sinowjew-Briefs.

Die letzte Arbeit des Kabinetts Macdonald.

London, 31. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Kabinett hat am Freitag eine Sitzung abgehalten und beschlossen, die Geschäfte noch einige Tage weiterzuführen. Der Hauptgrund dieses Entschlusses liegt darin, daß die Regierung zunächst mehr Licht in die mysteriöse Angelegenheit des Sinowjew-Briefes bringen will. Die Regierung hofft, daß die Untersuchung bis nächste Woche abgeschlossen werden kann. Sie wird dann wahrscheinlich zurücktreten. Die Entscheidung darüber wird erst der Ministerrat am Dienstag fällen. Der König kommt am Montag zurück und wird wahrscheinlich am Ende der nächsten Woche Gelegenheit haben, eine konservative Regierung zu berufen.

Der Untersuchungsausschuß für den Sinowjew-Brief hat mit seinen Arbeiten begonnen. Macdonald hat beschlossen, falls der Brief sich als Fälschung herausstellt, eine Entschuldigung an die Sowjetregierung zu richten.

Das Gesamtwahlergebnis.

London, 31. Oktober. (WZB.) Nach den letzten Feststellungen über die gestrigen Wahlen haben die Konservativen 407, die Arbeiterpartei 152 und die Liberalen 40 Sitze erhalten; anderen Parteien fallen 4 Sitze zu. (Die Mandate der Universitäten dürfen noch ausfallen. D. Red.)

Frankreich zum englischen Wahlausfall.

Paris, 31. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommentare des größten Teils der Pariser Presse zu dem Ausfall der englischen Wahlen sind am Freitag morgen, nachdem die erste Uebersetzung sich gezeigt hat, erheblich philosphischer als am Tage zuvor. Ziemlich allgemein kommt die Auffassung zum Durchbruch, daß die englische Politik gegenüber Frankreich durch den Sieg der Konservativen kaum allzu erheblich geändert werde. Denn im Grunde bleibe, gleichgültig, ob Lord George, Macdonald oder Baldwin Premierminister seien, die äußere Politik des englischen Auswärtigen

Amtes sich selbst und seinen Prinzipien treu. So meint die „Ere Nouvelle“, die englische Politik habe in Frankreich in den letzten Jahren einen solchen Wechsel von Hoffnungen und Befürchtungen erzeugt, daß man dem neuen Umschwung mit einer gewissen Ruhe entgegensehen könne. Man dürfe mit Bestimmtheit erwarten, daß die neue Regierung sich von den bisherigen Richtlinien der englischen Diplomatie nicht allzu weit entfernen werde. Die Entente sei nicht das Ergebnis einer willkürlichen Kombination, sondern das logische Produkt jeder auf Befriedigung Europas gerichteten internationalen Politik.

In den reaktionären Blättern kommt die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Wahlausfall in England nicht ohne Rückwirkung auf die Innenpolitik Frankreichs bleiben werde. So schreibt die „Journée Industrielle“: „Der konservative Sieg ist im höchsten Grade heilam für das Kartell der Linken, das ohnehin die Realitäten der Politik besser begreifen wird. Herriot hat bisher in einem Traum gelebt und dieser Traum hätte, wenn die Politik der Arbeiterpartei noch einige Monate fortgedauert hätte, mit einem sehr schlimmen Erwachen sein Ende gefunden. Nachdem die auf den Internationalismus geleiteten Hoffnungen enttäuscht worden sind, ist zu hoffen, daß die Mehrheit des 11. Mai nunmehr endlich anfängt, eine nationale Realpolitik zu treiben.“

Herzog und die Südafrika-Deutschen.

Kapstadt, 31. Oktober. (Reuter.) Die deutschen Einwohner in Südwesafrika bereiten General Herzog, der eine Rundreise durch das Land machte, einem herzlichen Empfang. Herzog erklärte, er schäme sich seiner deutschen Abstammung nicht. Er verspreche eine sympathische Erwägung der verschiedenen Beschwerden einschließlich der Beschwerde über ungenügenden Schulunterricht im Deutschen und er gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Deutschen beginnen würden, ihr Schicksal an das der übrigen Völker Südafrikas zu knüpfen.

Reaktion und Nachrichtenwesen.

Weitere Rechtschwankung in der Telegraphenunion.

Der gewaltige Einfluß, den das Industrie- und Finanzkapital sich durch Zeitungserwerbungen und durch Ankauf von Nachrichtenagenturen gesichert hat, soll neuerdings weiter ausgedehnt werden. Es ist noch erinnerlich, wie die Telegraphenunion früher ein neutrales Unternehmen, den Presseverlag Dr. Dammert angekauft hat, um so die Organisation des Artikeldienstes über die ganze deutsche Provinzpresse hin sich anzugliedern. Die Ehe dauerte nicht lange. Ein schönes Tages machte sich die geschäftliche Leitung das Recht an, das Unternehmen schwerindustriellen Geldgebern auszuliefern. Dr. Dammert, der Inhaber der Artikelforrespondenz, zog daraus die Folgerung, aus dem Betriebe auszuschleiden. Trotzdem gab der schwerindustrielle Verlag eine ganze Reihe von neutral oder politisch gemäßigten erscheinenden Artikel- und Informationskorrespondenzen heraus, bei deren Bearbeitung die Schriftleiter einige Selbstständigkeit hatten. Infolgedessen war es auch linksgerichteten Schriftstellern möglich, an dem Unternehmen mitzuwirken. Das wird jetzt anders.

Es erregte bereits Aufsehen, als mit dem 1. Juli d. J. der Leiter der Telegraphenunion, der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Cremer, seine leitende Stellung in der Agentur aufgab, deren Finanzierung in der Hauptsache durch den Hugenberg-Konzern erfolgte. Dieser schwerindustrielle besitzt außerdem die „Ala“, ein weitverzweigtes Annoncenbureau, und ferner verfügt er über die geistige Freiheit des Scherl-Verlages, dessen Blätter, der „Lokal-Anzeiger“ und der „Tag“, seitdem ihren Radanationalismus noch um einige Grade verstärkt haben. Schließlich waren ja Rüstungen seit jeher das einträglichste Geschäft der Schwerindustrie. Es lohnt sich deshalb schon, ein paar Jahre hindurch einige Blätter und eine Nachrichtenagentur durchzuhalten, weil man mit nationalistischen Phrasen den Profitabsichten der beteiligten Gruppen die besten Dienste leistet.

Jetzt wird der Kurs der Telegraphenunion noch weiter nach rechts gedreht. Die deutsch-nationale Clique, die in enger Zusammenarbeit mit dem Scherl-Verlag den maßgebenden Einfluß auf die Agentur gewann, macht sich jetzt dort derart breit, daß eine Reihe von Mitarbeitern demokratischer Richtung aus der Telegraphenunion ausschied. Es sind dies Dr. D. E. Hesse, der Leiter des Feuilletons, Dr. Käuser, der Chefredakteur der Ausgabe B des Berliner Dienstes, einer mehr demokratisch gerichteten Korrespondenz, Wilhelm Vogel, Chefredakteur des Deutschen Handelsdienstes, Dr. Klein vom Nachrichtendienst und Dr. Rückert, der für das „kommunale Leben“ verantwortlich zeichnet. Die Umgruppierung der Redaktion scheint damit noch nicht vollendet zu sein.

Jetzt hat also die geschäftliche Leitung die Möglichkeit, das Bild reaktionärer Verhörung und nationalistischer Propaganda durch die verschiedenen Kanäle seiner mehr oder minder „farbloser“ und „neutralen“ Ausgaben in die Provinzpresse zu leiten, ohne von republikanischen Elementen darin gestört zu werden. Die große Masse der Stimmlosen-Zeitungen wird dabei tüchtig mithelfen. Die Journalisten aber, die sich nicht dazu hergeben, willenloses Werkzeug der Reaktion zu sein, stehen vor der Frage, ob sie ihre politische Ueberzeugung oder ihre wirtschaftliche Existenz opfern wollen. So droht der deutschen Presse eine weitere Korruption der Meinungsäußerung durch das schwerindustrielle Kapital — ein Beweis mehr, wie notwendig ein Journalistengesetz ist, für das die Sozialdemokratie sich einsetzt und das die berufsständigen Schriftleiter vor derartigen Konflikten und ihren Folgen schützt.

Gewerkschaften gegen Lafollette?

New York, 31. Oktober. (Kabeldienst der TL.) Der Vorkausauschuß der New Yorker Gewerkschaften ist von Lafollette abgerückt, den sie unter Compers Führung im letzten Herbst unterstützten, und stellt sich jetzt hinter den Demokraten Davis. Dieses Vorgehen ist allein darauf zurückzuführen, daß die New Yorker Gewerkschaften die progressivere Kandidatur als aussichtslos ansehen. In der Entscheidung wird ausdrücklich festgestellt, daß die Stimmabgabe für Lafollette, da er nicht über genügend Anhang verfüge, gleichbedeutend mit einer Stimmabgabe für Coolidge, den größten Feind Davis' und der Arbeiter, sein würde. Deshalb müßten alle Gegner Coolidges einheitlich zusammengefaßt werden. — Diese Entscheidung ist außerordentlich wichtig, weil in New York 700000 Gewerkschaftsmitglieder wohnen. Aus Chicago liegt eine ähnliche Entscheidung der dortigen Arbeiterpartei vor. Die Demokraten hoffen, dadurch die gesamte Arbeiterchaft zu sich herüberziehen zu können. Die Aussichten Lafollettes werden auch durch das englische Wahlergebnis stark beeinträchtigt, da die große Presse den Wahlsieg der Konservativen überhaupt nur in diesem Zusammenhang bespricht und gegen ihn ausplett. Die Wetten für Lafollette werden täglich ungünstiger. An der New Yorker Börse stehen die Wetten 1:15 gegen Lafollette. Die Republikaner rechnen mit einem glatten Siege Coolidges.

10. Januar Räumung der ersten Zone?

Köln, 31. Oktober. (TL.) Der „Kölnischen Volkszeitung“ wird aus Düsseldorf gemeldet, daß nach Mitteilung von zuständigen belgischer Seite die belgischen Truppen am 10. Januar die erste Zone des besetzten Gebietes räumen werden. Das „Dingliche Siegel“ richtet an die belgische Regierung die Frage, ob tatsächlich schon Maßnahmen eingeleitet wurden, um die belgischen Truppen am 10. Januar hinter die Linie Düren-Sinsig zurückzuführen.

Labour auf dem Vormarsch.

Die Zukunft gehört der Arbeiterpartei!

Die Presse der Rechten ist voll lärmender Freude über den Ausgang der englischen Wahlen. Diese Freude zeigt weniger politischen Verstand als den ungeheuren Haß gegen die Arbeiterbewegung und den Sozialismus, der die Reaktionsäre befeuert. In ihrem Freudengeheul vergessen sie ganz, wie sie bisher den deutschen Sozialisten gegenüber Macdonald als den großen Führer, als den national gesinnten Engländer, bezeichnet und mit falschem Lob überschüttet haben. Nun zeigt sich, wie verlogen und gemacht diese Art der Polemik der Reichtspresse gegen die deutsche Sozialdemokratie war. Das Pressegeheul der Rechten überschlägt sich: gewaltige Niederlage des Sozialismus, das englische Volk gegen die rote Senge! Aber die Deutschenationalen sind schlechte Rechner! Sie sehen nicht, was ist, sie erkennen nicht die Zeichen der Zeit, sie stecken den Kopf in den Sand! Sie rechnen so schlecht, wie sie nach der Hamburger Wahl gerechnet haben. Der Wahlausgang in England ist ein Wenetefel für die Reaktionsäre in der ganzen Welt, die sich in dem Glauben wiegen, daß die Welt unverändert stillstehe und daß die heutigen politischen Machtverhältnisse und die Klassenverhältnisse unabänderlich seien. Die Wahl in England zeigt der Welt, daß der Sozialismus in unaufhaltsamem Vormarsch ist.

Hamburg und England zeigen den Deutschenationalen das Schicksal, das ihnen am 7. Dezember bevorsteht.

Jawohl England! Die Arbeiterpartei hat sich glänzend geschlagen. Stolz kann sie sagen: Noch eine solche Niederlage und wir haben gewonnen! Trotz der vereinigten Angriffe der Konservativen und Liberalen, trotz des heftigen Wahlkampfes der Bürgerblockfront gegen den Sozialismus, trotz aller Wahlmachenschaften hat die Arbeiterpartei ihre Stimmzahl von 4780000 auf 5502000 Stimmen gesteigert.

Das ist die Abkehr vom Sozialismus, über die die deutsch-nationale Presse jubelt, das ist die Niederlage der Arbeiterpartei. In diesen Stimmzahlen tritt die Tatsache hervor, daß die Arbeiterpartei in England, daß die Idee des Sozialismus im Vormarsch begriffen ist. Dieser Vormarsch wird in der Zukunft weitergehen, stetig und unaufhaltsam. Günstiger als in Deutschland ist in England der Kampfbo den für die Arbeiterpartei. England hat nicht gelitten unter den furchtbaren Nachwehen eines verlorenen Krieges. Seine Bevölkerung hat die entsetzlichen Leiden der Inflationszeit nicht erfahren. Ein gesundes Volk, das von der geistigen Vergiftung verschont geblieben ist, die die deutsche Bevölkerung in der Inflationszeit erlitten hat. Dort ist kein Boden für den Wahnsinn der extremen Parteien, den wir in Deutschland erleben, dort richtet sich nicht krankhafter, sibirischer Haß der durch die Leiden des verlorenen Krieges elend Gemordenen und geistig Zermürbten gegen jede Regierung schlechthin, sei es selbst die freiheitlichste und wohlmeinendste Regierung. Zehn Monate lang hat die Arbeiterpartei in England die Verantwortung für die Leitung des britischen Weltreiches getragen, zehn Monate lang hat sie mit gewaltigen Problemen der inneren und der äußeren Politik gerungen. Sie hat sich trotzdem im Vertrauen der Massen behauptet, sie hat trotzdem vermocht, bei den Wahlen ihre Stimmzahl um mehr als 20 Proz. zu steigern. Diese Entwiclung wird weitergehen. Unter der Führung ihrer großen Persönlichkeiten, gestützt auf den gesunden Menschenverstand des englischen Volkes, der die sinnfällige Notwendigkeit der Entwicklung zum Sozialismus hin immer mehr erfährt, wird sie weiter vorwärtsschreiten zum Sozialismus.

Auch in der Opposition wird die Arbeiterpartei weiter wirken wie bisher. Wohl verfügen die Konservativen über eine gewaltige Mehrheit, aber sie müssen damit rechnen, daß hinter der Opposition der Arbeiterpartei eine Wählermasse steht, die zahlenmäßig fast so stark ist wie die ihre, daß die Opposition aus Arbeiterpartei und Liberalen die Mehrheit des Landes repräsentiert. Sie können nicht die politischen Wege, die die Regierung der Arbeiterpartei eingeschlagen hat, jäh und schroff verlassen. Sie können namentlich der englischen Außenpolitik nicht schroff eine grundföhllich andere Richtung geben. Wollten sie ihre gewaltige Unterhausmehrheit dazu ausnutzen, der Mehrheit des Landes eine Politik aufzuzwingen, wie sie in ähnlicher Situation die Deutschenationalen brutal und bernieri einleiten würden, so müßten sie fürchten, daß das nächstmal das merkwürdig reaktionäre Wahlsystem ebenso oder noch stärker gegen sie ausschlagen würde, wie es jetzt gegen die Arbeiterpartei ausgeschlagen ist.

Die Zeit ist mit der Arbeiterpartei! Bleibt jenes Wahlsystem, das den demokratischen Anschauungen als veraltet, als ungerecht, als reaktionär erscheint, als Ausfluß eines traditionellen, echt englischen konservatismus, bis zur nächsten Wahl unverändert, so winkt der Arbeiterpartei nicht nur neuer Stimmengewinn, sondern ein gewaltiger Sieg, der ihr eine mächtige Unterhausmehrheit und die unabhängige Regierungsgewalt in die Hand gibt — wahrscheinlich für immer. Wird inzwischen das Wahlsystem in England modernen demokratischen Anschauungen angepaßt, verschwindet das



Prinzip der relativen Mehrheiten und setzt sich in der einen oder der anderen Form das Prinzip der proportionalen Minderheitenvertretung durch, so beginnt für die Arbeiterpartei die Zeit, wo sie als führende Partei jeder Regierung ihr Gepräge ausdrücken wird. Wie diese Entwicklung sich auch vollziehen mag, und ob auch die englischen Konservativen diesen Wahlausgang benutzen werden, um sich jahrelang an der Macht zu behaupten: die Zukunft in England gehört Labour.

Das alles sehen die Deutschnationalen nicht. Sie wollen es nicht sehen. Sie stecken den Kopf in den Sand und haben wieder Phantasien, wie nach der Hamburger Wahl. Sie reden von einer Niederlage des Sozialismus in einem Augenblick, wo das Fanal des sozialistischen Vormarsches hell aufleuchtet. Sie erzählen, daß die englische Wahl das Signal für eine Niederlage der deutschen Sozialdemokratie am 7. Dezember sei. Wahrhaftig, wir wünschen uns eine solche Niederlage, wie sie die englische Arbeiterpartei erlitten hat. Eine solche Niederlage würde bedeuten, daß wir nach dem 7. Dezember statt mit 100 Mandaten mit 122 Mandaten in den deutschen Reichstag einziehen würden. Freilich, wir gestehen offen, daß ein solcher Ausgang der Wahl vom 7. Dezember hinter unseren Erwartungen beträchtlich zurückbleiben würde. Aber wenn uns die Deutschnationalen eine solche Niederlage wünschen: nur immer zu! Solche Niederlagen sind der Ruin unserer reaktionären Gegner und wir werden nach solcher Niederlage wie die englische Arbeiterpartei sagen können: Noch mehr solcher Niederlagen und wir haben gewonnen.

England und Hamburg! Renetete! für die Deutschnationalen!

## Abkehr von Macdonald?

Die deutsche Reaktion und die englischen Wahlen.

In den Bürgerblättern aller Schattierungen konnte man am Freitagmorgen Betrachtungen des Inhalts lesen, die das englische Wahlergebnis als eine Abkehr der britischen Wählermassen vom Sozialismus und von der Regierung Macdonald zugunsten einer „nationalen Politik“ usw. hinzustellen bemüht waren. Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb:

„Es hat sich gezeigt, daß England für bolschewistische und (1) sozialistische Experimente doch ein allzu heißes Eisen ist.“

Die „Kreuzzeitung“ erklärte:

„Die kurze Episode des britischen Sozialismus ist zu Ende; sie hat mit einem unzweifelhaften Mißerfolge und einer Abkehr der Wähler von ihm geadet, denn auch die Arbeiterpartei hat eine starke Einbuße an Mandaten zu verzeichnen.“

Und in einem Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, der von sachlichen Unrichtigkeiten frogt, war von einer „Abrechnung mit Macdonald“ die Rede.

Obwohl es schwer anzunehmen ist, daß die Redakteure der Bürgerblattpresse über die englischen Verhältnisse so wenig informiert sind, daß sie in ihrer ersten Begeisterung über den starken Mandatgewinn der englischen Konservativen die Frage der Stimmenverteilung völlig aus den Augen verloren, so wäre dies doch nur die einzige Erklärung für ihre Äußerungen. Abschließende Angaben über die Stimmzahlen der einzelnen Parteien lagen am Donnerstag noch nicht vor, und so waren wir gezwungen, unsere ersten Betrachtungen über das größte Wahlergebnis an der Hand unvollständiger Zahlen und unter Vorbehalt späterer Korrekturen zu veröffentlichen.

Inzwischen trafen am Freitagmittag auch die endgültigen Stimmengahlen ein: Die Konservativen haben 7,6 Millionen Stimmen erhalten, die Arbeiterpartei 5,5 Millionen und die Liberalen 3,1 Millionen. Danach hätten, wenn das Proportionalwahlrecht in England eingeführt wäre, die Konservativen nur 280 Mandate (statt 405), die Arbeiterpartei 215 (statt 152) und die Liberalen 120 (statt 43) erhalten. Man möchte nun annehmen, daß die Berliner Rechts-

presse so viel Aufstand doch aufbringen würde, um ihren Lesern mitzuteilen, daß die Arbeiterpartei damit mehr als 1100 000 Stimmen gegenüber der letzten Wahl gewonnen hat. Mit Ausnahme der „Zeit“ aber bringt es kein rechtsstehendes Blatt fertig, seinen Lesern diese Feststellung vor Augen zu führen. Es würde nämlich diesen ein Licht darüber aufgehen, wie sie von ihrer Presse belogen und betrogen werden. Eine „Abkehr vom Sozialismus“, die sich durch einen Gewinn von über einer Million Stimmen in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum von elf Monaten ausdrückt — das wäre doch eine allzu merkwürdige Erscheinung. Man zieht es daher vor, diesen Teil des englischen Wahlergebnisses sozusagen wegzulassen oder so kommentarlos wiederzugeben, daß der Leser nichts merkt; und im übrigen bleibt es bei der „Abkehr vom Sozialismus“ und bei der „Abrechnung mit Macdonald“.

Es ist schon so, wie die „Germania“ schrieb:

„Die Art, in der die Rechtspresse den konservativen Sieg als Stimmungsmittel für die deutschen Wahlen verwenden will, verrät eine wirkliche oder absichtliche Unkenntnis der englischen Parteiverhältnisse. Es ist an sich schon mißlich, Vergleiche zu ziehen, da überall die Parteien historisch und national bedingt sind. Eine Parallele zwischen dem englischen und deutschen Wahlkampf wird immer schief ausfallen.“

Wir glauben weniger an eine wirkliche, als an eine absichtliche Unkenntnis der englischen Dinge bei den deutschnationalen Redakteuren. Und wenn es eine Schlussfolgerung gibt, deren Richtigkeit unantastbar ist, so ist es die, daß der sozialistische Gedanke in England unter der Regierung Macdonalds weiter rechtliche Fortschritte gemacht hat, die alle Verdrehungskünste der deutschnationalen Zeitungsschreiber nicht aus der Welt werden schaffen können.

## Das kommunistische Preisausschreiben.

Von Belzen, Briketts und Lenin-Bildern.

Die Deutschnationalen haben Preise für erfolgreiche Werbearbeit ausgesetzt. Sie bewegen sich zwischen einem Belz im Werte von 200 M. und verschiedenen Zentnern Briketts. Die Kommunisten, nicht faul, wollen hinter den Deutschnationalen nicht zurückstehen. Da man aber in Moskau ansehend zu wenig Belze und Briketts, um so mehr aber Lenin-Bilder hat, so ist man auf ein soziales idealistisches Anreizmittel gekommen. Den Parteifunktionären wird mitgeteilt:

„Die Zentrale hat beschlossen, den besonders eifrigen Mitgliedern als Anerkennung ein Lenin-Bild (eingeraht) mit einer Widmung der Parteizentrale zu übersenden. Die Bezirke wollen sofort nach Abschluß der Aktion die Namen und Adressen der betreffenden Genossen an die Abteilung Zentral-Agprop. einleiten.“

Es ist immerhin anzuerkennen, daß die eifrigen Mitglieder der KPD doppelt belohnt werden: erstens durch das eingerahmte Lenin-Bild, zweitens durch die Unterschriften der Ruth Fischer und Werner Scholem. Man hätte noch ein übriges tun und den Mitgliedern die Kindertrompeten zum Geschenk machen sollen, mit denen die kommunistischen Abgeordneten so nützliche Arbeit für das Proletariat geleistet haben.

Es scheint aber, als ob trotz Lenin-Bild (mit Rahmen) die Bezirksleitung der KPD für Berlin-Brandenburg dem Frieden nicht recht traut. Sie verfährt z. B. Anweisungen an die Funktionäre über die Durchführung einer Agitationskampagne im November. Es heißt darin:

„Dabei bitten wir aber besonders zu beachten, daß die Flugblattverbreitung nicht von einzelnen Genossen durchgeführt wird, sondern daß die Abteilungsführer unter allen Umständen Kolonnen von je 2 Mann zusammenstellen, die am 8. November die Flugblätter verteilen und am 9., 10. und 11. November in den Häusern persönlich nachfragen nach neuen Mitgliedern und neuen Abonnenten. (Es ist besser, nur einige Kolonnen, die sich gegenseitig bei der Nachfrage

kontrollieren können, zu haben, als eine große Anzahl von einzelnen Genossen, die das Nachfragen in den Häusern wegen irgendwelcher schäner Gefühle einfach bleiben lassen!) In bezug auf die Pressewerbung wurde in einem 600 Mitglieder starken Berliner Bezirk festgestellt, daß nur 275 Genossen die „Rote Fahne“ abonniert haben. Die „Rote Fahne“ wird in diesem Bezirk mehr von Sympathisierenden gelesen als von den eigenen Genossen.“

Wie nun aber, wenn auch die Zwei-Mann-Kolonnen „schöne Gefühle“ kriegen und gleichfalls die Parteibonzen bemogeln? Es wird also nichts anderes übrig bleiben, als eine Überkontrolle zu organisieren und mit Bewehrung und Handgranaten die widerspenstigen Genossen für die kommunistischen Ideale zu bekehren.

## „Macht Schluss mit diesen Leuten!“

Hilfsliste aus der KPD.

Im München-Gladbacher Stadtparlament sind die Kommunisten seit dem 4. Mai mit 10 Stadtverordneten als zweitstärkste Fraktion vertreten. Die Entwicklung der Partei ist an dieser Fraktion nicht spurlos vorübergegangen. Wie in zahlreichen anderen Orten des Westens hat es auch hier den obligaten Kraid gegeben. In der letzten Stadtverordnetenversammlung haben drei bisherige kommunistische Stadtverordnete folgende bezeichnende Erklärung ab:

„In der kommunistischen Partei haben Leute die Führung an sich gerissen, denen nicht das Wohl und Wehe des Proletariats am Herzen liegt, sondern die es nur darauf abgesehen haben, die alten Führer zu beseitigen, um selbst die Ämter zu besetzen. Wir haben zu verzeichnen, daß zu diesem Zwecke die schmutzigsten Argumente vorgebracht werden und daß man vor keinem Mittel zurückschreckt, um diejenigen, die bisher die Führung der Partei inne hatten, zu brandmarken. Wir sehen das Hin- und Hergehen ganzer Stadtverordnetenfraktionen im Remschied um. Und diese Leute sagen dann: wir sind diejenigen, die die richtige Politik machen! In Wirklichkeit wird die Partei jetzt aber geführt von Wirtspöten und das Proletariat hat darunter zu leiden. Wir fordern dem Proletariat: Macht Schluss mit diesen Leuten, die das Proletariat von einer Niederlage zur anderen geführt haben. Mit welchen schämen Mitteln gearbeitet wird, geht daraus hervor, daß der Stadtverordnete Koppelk uns Polizeispiegel genannt hat; ohne daß Tatsachen hierfür vorhanden sind. Wir haben unseren Ausschluß mit einer Mitteilung bekommen, die lautet: „Die beiden Herren haben das Ansehen der Partei als Mitglieder der Partei geschädigt; weil sie auf dem Abtschhofe Kaffee getrunken!““

Die Erklärung der München-Gladbacher Kommunisten spiegelt die Stimmung wieder, die überall in der KPD herrscht. Die Moskauer Latrinenparolenwirklichkeit hängt den Führern, soweit sie in der kommunistischen Parteipolitik etwas anderes sehen als eine leichte Art des Broterwerbs, schon seit langer Zeit zum Hals heraus. Aber wer es wagt, zu mutzen, den läßt Moskau über die Klinge springen, wie das München-Gladbacher Beispiel von neuem beweist. Und so schluden denn viele ihren Grimm und ihre Verärgerung herunter, weil sie an diesen skandalösen Zuständen doch nichts ändern können, und die Moskauer Terroristen können auch weiter nach Baune herrschen. Der Arbeitsschaft ist damit allerdings nicht gedient. Es wird Zeit, die Moskauer Ketten abzuschütteln, um ganz für die Arbeit bereitzustehen, die sich in den Vordergrund drängende Reaktion der Monarchisten, Großagrarien und Schwerindustriellen abzuwehren.

Das Reichskommissariat für Zollgefangene und Flüchtlinge wurde aufgelöst, da es seinen Aufgabenzweck erledigt hat. Es stand unter der Leitung des Reichskommissars Genossen Städel. Die Abwicklungsstelle, die die laufenden Geschäfte zu erledigen hat, befindet sich in den bisherigen Geschäftsräumen des Reichskommissariats Berlin W. 9, Potsdamer Str. 134.

## „Der haarige Affe“.

(Tribüne.)

Eugen O'Neill ist der Pointe-Dramatiker mit dem weichen Gemüt. Ob er das Matrosenmädchen schildert, das seine Dirnenhande mit dem Tode küßt, oder den Rigger, der sich aus all seinen Schwindereien und Grausamkeiten nicht herauswinden kann, er verschafft seinen Liebungsgeheimnissen immer einen herrlichen Abgang. Sie geben in die Ewigkeit als Märtyrer ein. Das gleiche schöne Schicksal wird auch dem „haarigen Affen“ zuteil. Er ist ein Heizer tief unten in der Schiffshölle. Die plötzliche Tochter des Stahlkönigs will sich diesen furchtbaren Menschenaffen eines Tages ansehen. Sie sieht auf den Kleinkerkel, der von Ruß und Schweiß beschmutzt ist. Entsetzt stellt sie zurück, ihr Angelfisch: „Der haarige Affe!“, dieser Schrei bleibt in der Seele des Heizers sitzen. Eben labete er sich vom „Sozialistenkuss“, nun macht das Gewissen in ihm auf. Er will sich rächen dafür, daß die reinlichen Menschen ihn einen haarigen Affen schelten durften. Seine Rache soll Dynamit sein, der alles in die Luft sprengt und zerstört, alles Staub der Welt, allen Reichtum der Welt, alle möglichen Reichtümer der Welt.

Was zeigt O'Neill dem Lebensweg des Proletariats, der hinauf will und heraus aus dem Elend. Der Proletarier kann nicht heraus. Er sitzt zu tief drin in dem Dreck. Die letzte Station seines Lebensweges ist der Zoologische Garten. Da steht er vor dem Geisteskranken, da steht er vor dem Ungeheuer, mit dem er verwechselt wurde. Verdrüben will er sich mit dem Ungeheuer, da kein anderer sich mit ihm verdrüben will. Er besetzt den Affen. Sieh, eine Sekunde scheint es, als wenn der Ungeheuer und der Ueberaffe nach der Ummarmung hinausgehen werden, um den Kampf aufzunehmen gegen die Reichen und gegen die Keimen. Der Affe will es anders. Er schleudert den Menschen in den Geisteskranken. Dort kriecht der Mensch, Proletarierlos.

Das ist Symbolik, die nicht sehr tief sieht, aber sich doch in jedem gefunden Menschenverstand einprägt. Der Dramatiker O'Neill, der keine Bilder lose umeinanderreicht, ist ein volkstümlicher Mann. Es lebt in ihm in Einklang die Dichternatur mit der Quaternatur. Man muß auch bedenken, daß er die Gedankenkraft der amerikanischen Theaterwelt nicht überlassen darf. Er trifft sie trotzdem an ihren Nerven. Er schmuggelt trotzdem eine beträchtliche Portion von guten Ideen ein. Der Pointe mag es nicht gern hören, doch zwischen der fünften Avenue von New York und dem schmutzigen Proletariat ein breiter Abgrund vorhanden ist. O'Neill überbrückt den Abgrund manchmal, aber er ist auch mit mutigem Finger auf all den Reder und die Ungeheuerlichkeit, die dort unten wimmelt.

Theatralisch ist das Stück aufgebaut, der Dramatiker hat vom Kino gelernt, aber er redet auch ziemlich echt die Sprache des kleinen und großen Mannes. Er ist ein unerschrockener Dichter und gleichzeitig ein unerschrockener Fabrikant von sozialen Effekten. Gerade als die Aufmerksamkeit im Erlöschen ist, fällt ihm der großartige Schluß und Klareffekt ein: die Zwiesprache zwischen dem Affen, dem menschliche Kraft zugewandt wird, und dem Menschen, der als Affe empfunden wird. Dieses Ende pocht. Es schneidet in das Fleisch des Zuschauers. Einbildlichkeit und monatliche Absicht bedeu sich prächtig.

Eugen Klopfer spielt den Proletarier. Er grunzt ihn zunächst, er ist schon unten im Maschinenraum ein unglücklicher Riese, der gegen sich selber mit seinem murrigen Gemütsen wütet. Seigt er nun hinaus, um sich unter die eleganten Leute von der fünften Avenue zu mischen, biegt er im Gefolge, in das man ihn speert, die Eisenstangen auseinander, so geht von ihm wirklich eine Unwiderstandskraft aus. Dadurch, daß der Schauspieler immer mit gedämpften Mühen spielt und ganz vorfächtig seine Leidenschaft bis zur Explosion steigert, ergreift er am stärksten. Klopfer wird durch diesen Laß der Reue aus, die nicht immer mußte, wie sie das Traumbild vom Wirklichen zu unterscheiden hatte. Aber die Bühnenbilder von Valuschet, besonders die roten Schilde der Maschinen, waren sehr gelungen.

## Gerhart Hauptmann als Vorleser.

Es werden unter den zahlreichen Besuchern des Bühnener-Saalles wohl manche gewesen sein, die in erster Linie die Neugierde getrieben hat, den berühmtesten Dichter unseres Volkes von Angesicht zu sehen und sprechen zu hören. Sie werden festgestellt haben, daß sein Aussehen, abgesehen von dem schönen Greisenkopfe, nichts Ungewöhnliches an sich trägt, und daß seine etwas lehrhafte Vortragart keine Spur von genialer Außerordentlichkeit verrät. Darüber hinaus werden sie aber aus den gebotenen Proben von Hauptmanns Schaffen den Eindruck gewonnen haben, daß die Schaffenskraft des Dichters sich verjüngt hat und eine neue Phase abgeklärter künstlerischer Reife zu erleben beginnt. Der Dichter der „Weber“ scheint allmählich — ähnlich wie einst der Dichter des „Böh von Verlichtungen“ — in des Patriarchenalter des Künstlers zu gelangen.

Hauptmann las zuerst eine Episode aus seinem Epos „Lill Eufenspiegel“, eine Erzählung Lills am Lagerfeuer der Zigeuner, bei denen er im Walde bivoualiert. Es ist freilich ganz und gar nicht die uns geläufige Figur aus dem Volksbuch, die uns hier entgegentritt. Diese Figur im breiten Flusse der Hexenmeter darzustellen, wäre ja auch eine künstliche Unmöglichkeit. Hauptmanns Eufenspiegel ist nicht ein übermühter Schalk und Possenteifer, sondern ein in unserer Zeit lebender weiser, nachdenklicher Weltbetrachter. In der Erzählung, die uns der Dichter vermittelte, ist modernes, mehrrevolutionäres Geschehen in gleichnißhaften, phantastischen Bildern geschildert, die mit starker dramatischer Lebendigkeit vor uns abrollen und in ihr Schlußbild von gemaltiger Völkervereinigung münden. Man gewann aus dieser überlegenen Gestaltung aufs neue die Erkenntnis, daß echte Kunst unabhängig ist von der Originalitätsabsicht literarischer Formexperimente.

Nicht so eindrucksvoll war die nachfolgende Vorlesung des ersten Aktes aus einem Lustspiel in gereimten Versen, in dessen Mittelpunkt der Ritter und Minnefänger Ulrich von Dichtenstein steht. Hauptmann gibt hier, soweit man nach der gebotenen Probe urteilen darf, unter Verzicht auf Charakterisierung und dramatische Komplikation eine trübliche, von weichen Humor getragene Tändelei, die sich in glatten Worten erschöpft. Die lebenswürdige Anmut dieses Lustspiels ist gewiß nicht ohne Reiz, aber das Fehlen jeder Problematik bedeutet hier auch ein Fehlen von Tiefe. Das Werk beweist immerhin ein ungemindertes jugendliches Fühlen des

Dichters, und die Arbeit daran stellt vielleicht eine Erholungspause in seinem Schaffen dar. Aber vielleicht greift Hauptmann später doch auch noch einmal wieder auf den von ihm vor langen Jahren gehegten Plan einer „Wiederläufer“-Tragödie zurück.

Dr. Wilhelm Boige.

## „Neue Ziele“.

Beber Behrens sprach im Verein für deutsches Kunstgewerbe über „Neue Ziele“. Er wies zunächst auf die vielen Disharmonien unserer Zeit hin, die uns, im Gegensatz zu den Epochen der Vergangenheit, verhindern, in den modernen Erzeugnissen ein geschlossenes Stilbild zu erkennen. Den traditionellen Formen des Elfen- und Steinbaus steht der teils gotische, teils romanische Eklektizismus gegenüber. Die Kunstausstellungen bringen neben den alten Stoffen- und Modellbildern, im- und expressivistische Male, und das Programm der Kongresse umfaßt am selben Abend Wagner, Wagner und Schönberg.

Diese Gegenständlichkeit und Zerrissenheit, dieser Mangel an gemeinsamer Kultur entspringt einem Mangel an gemeinsamen Interessen. Die große Kunst steht aber stets in Abhängigkeit von einem Gemeinschaftsleben, hat ihren Boden und Ursprung in einer Interessengemeinschaft. Man denke z. B. an die Kirche und ihr Verhältnis zur Kunst in früheren Zeiten.

Die ungeheure technische Entwicklung unserer Zeit, die man vielleicht analog zur Stein- und Bronzezeit als die elektrische Zeit bezeichnen könnte, hat die seelischen Werte zu sehr in den Hintergrund gedrängt. Es scheint aber, als ob wir jetzt wieder an einem Punkte angelangt sind, wo wir anfangen, uns nach dem Transzendenten zu sehnen. Ingenieure, mit denen Behrens öfters gemeinsam gearbeitet hat, geben zu, daß das Geistesmäßige beim technischen Bauen eine durchaus bedeutsame Rolle spielt. Der Entwurf zu einer Brücke würde z. B. oft erst erfüllt, dann technisch gestaltet.

Zum Schluß zeigte der Vortragende in einer Reihe von Altbildern Stichproben neuerer Kunst. Russische Wägen, russische Theaterdekorationen — in beiden das Konstruktive als herrschendes Prinzip. Dann Bauten Erich Mendelssohns (Elektrizitätswerk in Palästina, Ginkelturm), holländische Wohnhäuser und eigene Entwürfe. Auch hier, in den Wägen eines Gelehrtenzimmers Betonung des Konstruktiven, strenges Annehmen der Zweckbestimmung, während doch durch die Eigentümlichkeit der Herstellungsart (mit Weizen und Holzfleisen wie bei einer Holzpfosten) Leben und Beweglichkeit der Fläche erzielt, Schmuckempfindungen ohne jedwede Ornamentik hervorgerufen werden.

Auch noch ein paar Worte über moderne Gartengestaltung fügte der Redner mit Bilderbeispielen hinzu. Der moderne deutsche Garten ist — im Gegensatz zu den kalifornischen Anlagen — nicht repräsentativ. Er soll zum Ruhen, Denken, Träumen einladen. Er soll gewachsen sein, geboren, nicht geschaffen. Das Erfüllen der Eigentümlichkeiten des Bodens hat als Richtschnur und maßgebender Faktor für die Gesamtanlage zu dienen. Abgezirkelte Wege, Grotten, sind zu vermeiden. Alles muß ohne Zwang und Künstlichkeit wachsen und wuchern.

Der sehr interessante Vortrag konnte wegen der beschränkten Zeit nur diese allgemeinen Richtlinien andeuten, ohne intensiver



## Ludendorff enthüllt.

### „Kronprinz“ Rupprecht auf der Anklagebank?

Es war vorauszu sehen, daß Ludendorff auf die gesellschaftliche Verfeinerung der bayerischen Offiziere nicht schweigen würde. In einer vorläufigen Entgegnung kündigt er an, daß er das Material über die Ursachen des Ehrenhandels nach seiner Rückkehr nach München veröffentlichen werde. Aber schon heute stellt er fest:

Die Verhandlungen, die zunächst mein Rechtsbeistand pflegte — Seine Königliche Hoheit, Generalfeldmarschall Kronprinz Rupprecht von Bayern hatte sich befandlich zunächst durch einen Rechtsanwalt an mich gewandt — schienen unseres Erachtens einen befriedigenden Verlauf zu nehmen, als Seine Königliche Hoheit Generalfeldmarschall Kronprinz Rupprecht von Bayern die Verhandlungen plötzlich abbrechen ließ und sich nunmehr an Generalfeldmarschall von Hindenburg wandte, um auf dem Ehrenwege den Zwist auszutragen, wobei er mir die schwersten Beleidigungen zufügte.

Ich willigte in einen mir recht viel zumutenden Ausgleichsvorschlag des Generalfeldmarschalls von Hindenburg ein, um den Zwist im allgemeinen Interesse beizulegen. Seine Königliche Hoheit Generalfeldmarschall Kronprinz Rupprecht von Bayern lehnte indessen den Vorschlag des Ehrfürcht gebietenden Offiziers der deutschen Armee ab, weil er mir die Genugtuung vorenthalten wollte, die Generalfeldmarschall von Hindenburg wegen der mir zugefügten schweren Beleidigungen für nötig hielt.

Auch einen anderen Schritt zur Beilegung des Konfliktes hatte ich unternommen, indem ich im Prozeß eine ausführliche Erklärung über die Nichtbeteiligung Seiner Königlichen Hoheit des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern abgegeben hatte. Der Wortlaut steht mir augenblicklich leider nicht zur Verfügung. Ich fühle mich überdies zu diesem Schritt auch noch dadurch veranlaßt, daß ich in einer Geheimniskammer gehört habe, daß Seine Königliche Hoheit Generalfeldmarschall Kronprinz Rupprecht von Bayern am 11. oder 12. November die Absicht gehabt habe, einen besonderen Schritt durchzuführen, hierzu eine Proklamation habe entwerfen lassen und in München zur Durchführung dieser Absicht eingetroffen sei.

Wenn die weiteren Enthüllungen sich in der Richtung der vorläufigen Feststellung bewegen, dann kann man sich auf allerhand gefaßt machen. Das Kapitel des Bürgerbräupuffsches, das im Hitler-Prozeß sorgfältig ausgeschaltet wurde, dürfte dann aus Tageslicht kommen. Auch in den öffentlichen Sitzungen des Prozesses spielte der Termin des 11. und 12. November eine große Rolle. Man sprach von einem Vorpresse der Hitler und Ludendorff, woraus man den Schluß ziehen mußte, daß der damalige Generalfeldmarschall Kahr gleichfalls eine Aktion auf Lager hatte. Man blieb sich nur im unklaren darüber, welche, wenn auch die Erklärung Kahrs im Bürgerbräu, er betraute sich als den Statthalter des „Königs“, Rückschlüsse zuziehen.

Nun kommt Ludendorff und behauptet, Kahr habe damals tatsächlich nur als Statthalter des „Königs“ im Bürgerbräu gestanden. Rupprecht selbst habe für den 11. oder 12. November einen „besonderen Schritt“ vorgehabt und für diesen Zweck bereits eine Proklamation ausarbeiten lassen. Was damit gemeint ist, kann sich jeder an den zehn Fingern abzählen. Nach dieser Feststellung ist es erklärlich, wenn die Kahr, Seißer und Böchner die Treppe nicht herunter, sondern hinaufstiegen. Denn Hochverräter sind sie alle, alle, und was dem einen recht ist, das wäre dem Rupprecht billig.

Ludendorff ist so boshaft, seine vorläufige Feststellung mit den Worten zu schließen:

Der Kampf galt und gilt allein allen Völkern, das sehe ich auch heute als innere Ursache für den unerquicklichen Zwist an, und auch dafür, daß die Bayerische Volkspartei, die sich

Verleumdung und Begründung. Immerhin gab er eine große Fülle von Anregungen und Antrieben zur persiflischen Verarbeitung, was bei allem letzten Endes wohl immer das Wichtigste bedeutet.

F. C. Vogel.

**Die Volksschulbildung in Sowjetrußland.** In der Sitzung des Zentralerziehungsausschusses vom 9. Oktober erläuterte der Volksbildungskommissar Lunatscharski Bericht über den Stand der Volksschulbildung in Rußland. Vor dem Kriege gab es in Rußland 62 000 Volksschulen, im Oktober 1923 dagegen nur 49 000. Die Zahl der Scholaren in diesen Schulen belief sich vor dem Kriege auf 4 200 000, jetzt jedoch auf 3 700 000. Die Zahl der höheren Schulen ist dagegen gestiegen von 1063 auf 2628. Der Etat für Volksschulbildung in Großrußland beläuft sich auf nur 60 Millionen Rubel im Jahr. (Ein Rubel = 2,16 Mark.) Infolgedessen werden die Lehrer, insbesondere die zahlreichen Dorfschullehrer, unzulänglich bezahlt. Vom Januar bis März 1924 belief sich das durchschnittliche Gehalt eines städtischen Lehrers auf 14,05 Rubel und das eines Dorfschullehrers auf 10,13 Rubel im Monat. Geringfügig beträgt das Durchschnittsgehalt 20,5 Rubel im Monat. In einzelnen Stellen werden wesentlich niedrigere Gehälter gezahlt. So z. B. im Gouvernement Jarzgin 8,05, im Gouvernement Nischni 6 Rubel. In allen diesen Gouvernements sind die Lehrer buchstäblich zu einem Hungerdasein verurteilt. Das Volksbildungskommissariat hatte bei den ihm unterstellten Instanzen darauf hingewirkt, daß die Gehälter der Lehrer erhöht würden.

In seinem weiteren Bericht erklärte Lunatscharski, daß das Volksbildungskommissariat es als seine Hauptaufgabe betrachte, die zusammenbrechende Dorfschule zu retten, deren Existenz nach keineswegs gesichert sei. Auch bei der Bekämpfung des Analphabetentums seien nur sehr geringe Ergebnisse erzielt worden. Das sei kein Wunder, da statt des erbetenen Kreditbetrags von 1 700 000 Rubel für diesen Zweck nur 100 000 Rubel bewilligt wurden!

Dieses von Lunatscharski gezeichnete Bild spricht für sich selbst. Dennoch dürften die wahren Verhältnisse noch weit schlimmer sein. Der Kommunist Schochin fügte ergänzend hinzu: „Unsere Dorfschulen vermanöbeln sich jetzt in Schulen für die wohlhabendsten Elemente des Dorfes. In den Reichen des Dorfschulbetriebs jedoch herrscht nach wie vor das Analphabetentum.“

**Eine Fälschung durch die Abgussammlung geistlicher Bildwerke** (Ankündigung, Dorchesterstraße), findet Sonntag, den 2. Nov., vorm. 11<sup>1/2</sup> Uhr, statt. Karte 50 Hf.

**Der Chefredakteur Robert Gerung** ist im Alter von 80 Jahren in Wien gestorben. Er war ein Schüler Schillers und wurde 1864 Direktor des Wiener Volksbühnenhauses.

**Unteruchung der Moskauer Kirchen.** Das Moskauer Gouvernements-Museum hat durch eine Kommission 199 Kirchen in und bei Moskau untersuchen lassen, um festzustellen, ob sich in ihnen noch bemerkenswerte Kunstdenkmäler oder kulturgeschichtlich interessante Sachen befinden. Einzelne Funde dieser Art werden in das Museum übergeben.

**Ungezeichnete Briefe Rousseaus.** Bei Armand Colin in Paris beginnt jetzt eine auf die Originale zurückgehende, mit Kommentar versehene Sammlung der Briefe Jean Jacques Rousseaus zu erscheinen, die Théophile Gautier mit Unterstützung des Instituts de France herausgibt. Die Ausgabe ist auf 20 Bände berechnet.

früher rechtstepitisch zur Rückkehr Seiner Königlichen Hoheit des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern auf den Thron seiner Väter verhielt, heute durch den Mund des Ministerpräsidenten — des Wählers der Verfassung des Freistaates Bayern — Herrn Held, Propaganda für diese Rückkehr machen läßt und durch andere reaktionäre Elemente um den „Miesbacher Anzeiger“ und den Bund Bayern und Reich, die in gleicher Richtung tätig sind.

Der Monarchist Ludendorff als Wähler der Weimarer Verfassung und der Republik — ein Bild, das selbst Götter zu Tränen rühren muß! Aber im Kampf gegen den verhassten Wittelsbacher ist dem Monarchisten Ludendorff jedes Mittel recht.

Die Auseinandersetzung zwischen Ludendorff und dem Hause Wittelsbach zeigt, wohin es führt, wenn man an die Verfassungsfrage rührt. Die Monarchisten und ehemaligen Potentaten geraten sich in die Haare und üben Selbstzerfleischung nach allen Regeln der Kunst. Wie würde das erst werden, wenn die Republik gestürzt würde!

Deswegen: macht am 7. Dezember mit diesem unwürdigen Spieß ein Ende!

## Potsdamer Entrüstung.

### Papierresolution gegen die Reichsfarben.

Die Bannerweibe des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ am vorigen Sonntag anwesende gestern Syenen im Potsdamer Stadiparlament, wie man sie dort kaum erlebt. Die Rechte brachte einen Dringlichkeitsantrag an den Magistrat ein, wonach er dafür Sorge tragen soll, daß derartige herausfordernde Beleidigungen von fremden Elementen und Mitgliedern von „Schwarz-Rot-Gold“ in der „durch schwarzweißrote Erinnerungen geheiligten Stätte“ unterbleiben.

Der Magistrat wird daraufhin eine Resolution an die maßgebenden Stellen in Berlin einreichen. In der Resolution, die der Magistrat gefaßt hat, heißt es u. a.: „Die städtischen Körperschaften fordern auf das entschiedenste, daß die Staatsregierung künftig auf die Empfindungen der Mehrheit der Potsdamer Bürgerschaft (?) Rücksicht nimmt und im Rahmen der Befehle alle Kundgebungen verbietet, die den Empfindungen so offen zuwiderlaufen.“ Ferner brachten die Deutschnationalen den Antrag ein, daß der Magistrat sich einen Einfluß auf das Glodenpiel der Garnisonkirche sichern soll, da es bekannt geworden ist, daß das Glodenpiel zu der Bannerweibe von Schwarz-Rot-Gold spielen sollte.

Hoffentlich werden die „maßgebenden Stellen“ in Berlin dem Potsdamer Magistrat begreiflich machen, daß seine Resolution eine Beleidigung der Reichsfarben darstellt! Um so mehr, als der Magistrat gegen die zahlreichen monarchistischen Nummern in den Mauern Potsdams noch nicht das geringste einzuwenden hatte. Und doch verletzen diese hochkonzentrierten die Empfindung der Mehrheit des Volkes in so ausgesprochener Weise, daß alles andere davor verbleibt!

## Verurteilte Verleumder.

Karlsruhe, 31. Oktober. (W.F.B.) Das Schöffengericht verhandelte heute die öffentliche Beleidigungsklage gegen den Verlagsleiter Ziegler aus Baden-Baden und den früheren Hofapotheker Albert Senff aus Doss-Scheuern. Senff hatte am 18. August in der „Badener Morgenzeitung“ einen Artikel veröffentlicht, in dem unter Bezug auf den Heidelberger Dozenten Gumbel und den General v. Deimling gesagt wurde: Wäre es nicht besser, wenn die beiden Deutschen den Staub von den Füßen schütteln und nach Frankreich gehen würden, wo sie mit offenen Armen aufgenommen und eine feine Versorgungsstelle erhalten würden? Das Gericht verurteilte die Angeklagten wegen Beleidigung zu je 100 Mark Geldstrafe.

## Meineidsverfahren gegen Loeb.

### Tatsachen, und was daraus gemacht wurde.

Das halbamtliche Wolffsbureau hat am Freitag eine Meldung verbreitet, in der ein Meineidsverfahren gegen den früheren Thüringischen Staatsbankpräsidenten Genossen Loeb angekündigt wird. Der Rechtsbeistand des Beschuldigten, Dr. Leut, teilt dem Sozialdemokratischen Pressedienst dazu aus Thüringen folgendes mit:

In einem wegen Vergehens gegen das Versicherungsgesetz gegen den Inhaber einer Frankfurter Versicherungsfirma schwebenden Verfahren war Genosse Loeb in Weimar als Zeuge vernommen worden. Er hat zu Protokoll ausgesagt, daß er im Auftrage jener Firma im Jahre 1919 im Reichsversicherungsamt, wo er als Versicherungsvermittler vorsprach, von Oberratsrat Reihner die Auskunft erhalten habe, über die Genehmigungspflicht der von der Frankfurter Firma eingeführten Aufwahr-Versicherung sei noch keine endgültige Entscheidung gefaßt worden. In dem weiteren Verfahren wurde Oberratsrat Reihner vernommen, der als Zeuge angab, den zuständigen Beamten in der fraglichen Zeit gelegentlich vertreten zu haben, sich aber an die Angelegenheit nicht mehr erinnern zu können. Dagegen machte ein Geheimrat Becker vom Reichsversicherungsamt die Aussage, daß um die fragliche Zeit ein Herr jüdischen Aussehens bei ihm gewesen sei, der als Versicherungsnehmer große Versicherungsbeiträge zeigte und fragte, ob diese Versicherung genehmigungspflichtig sei. Geheimrat Becker will diesem Herrn eine Auskunft gegeben haben, die der Aussage Loeb's widerspricht.

In der Urteilsbegründung in dem Verfahren gegen die Frankfurter Firma erklärte das Gericht: „Es sei ihm zwar das Aussehen des Zeugen Loeb nicht bekannt“, es unterliege aber keinem Zweifel, daß jener Herr von jüdischem Aussehen — der sich, wie gesagt, als Versicherungsnehmer vorgestellt hatte — mit Loeb identisch sei. Jergendein weiterer Versuch zur Feststellung der Identität wurde nicht gemacht. Der Name Loeb und die Herkunft aus Frankfurt haben dem Gericht als Identitätsnachweis für einen Herrn mit jüdischem Aussehen genügt.

Weiter wird gegen den Genossen Loeb der Vorwurf erhoben, daß er in seiner Zeugenaussage verschwiegen habe, schon an einem früheren, dann gescheiterten Gründungsversuch der Frankfurter Firma beteiligt gewesen zu sein. Das soll aus einer mit der Aktenseite bezeichneten Stelle hervorgehen.

Ein Einblick in die Akten ergibt, daß an der zitierten Stelle deutlich der Name des fraglichen Gründers mit Alfred Loeb angegeben wird, dem Namen des Vaters des früheren Staatsbankpräsidenten. Der Beschuldigte selbst heißt Walter Loeb.

Der dritte Punkt der gegen den Genossen Loeb erhobenen Anschuldigung geht dahin, Loeb habe in seiner Aussage verschwiegen, sich mit der Angelegenheit bereits früher beschäftigt und sogar eine Denkschrift verfaßt zu haben. In der protokollierten Aussage Loeb's steht aber ausdrücklich, daß Genosse Loeb diese Denkschrift verfaßt und sie der Gesellschaftsversammlung der Frankfurter Gesellschaft vorgelegt hat.

Das ist der ganze Tatbestand, auf Grund dessen die Staatsanwaltschaft in Weimar auf die Anzeige eines völkischen

Berichtsauffassers hin ein Meineidsverfahren gegen den Genossen Loeb eingeleitet hat. Wenn dieser Sachverhalt irgendein Verfahren rechtfertigt, so wäre es gegen das Frankfurter Gericht, das mit ungenügender Leichtfertigkeit Behauptungen aufstellte, die es nicht hätte aufstellen können, wenn es auch nur mit genügender Sorgfalt seine eigenen Akten studiert hätte.

## OC. und andere Prozesse.

### Republikanische Protestversammlung in Berlin W.

Gestern, Freitag abend, veranstaltete die Deutsche Liga für Menschenrechte in den Spichern-Sälen eine stark besuchte Versammlung zur Besprechung des Leipziger Prozesses gegen die Organisation Consul und die Justizstandale in der deutschen Republik. Einleitend verlas der Vorsitzende, Senatspräsident Freimuth, auf das telegraphische Verlangen der Liga am 26. Oktober an den Reichsanwalt, gegen den Reichsanwalt Reichhammer disziplinarisch vorzugehen, weil er im OC-Prozeß seiner antirepublikanischen Gesinnung Ausdruck gegeben hat, die ihn als ungeeignet zur Wahrnehmung der Justizpflege in der Republik erscheinen lassen muß. Der Reichsanwalt hat auf dieses Telegramm bis heute noch nicht reagiert.

Justizrat Berthauer beleuchtete das Leipziger Erkenntnis, das „Verbrecher aus Ueberzeugung“, die nach richterlicher Ansicht eben nur gute Patrioten sind, verurteilt, von der juristischen und politischen Seite. Angesichts der Tatsache, daß das Gesetz zum Schutz der Republik fast nur gegen links angewandt wird, müsse das deutsche Volk die Amnestie aller derer verlangen, die so verurteilt worden sind. Sorgen wir bei den kommenden Reichstagswahlen dafür, daß nur Abgeordnete in den Reichstag einzuziehen werden, die für das Recht eintreten. Nach weiteren Rednern sprach noch Genosse Frenzel, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“. In ihr veröffentlichte er am 23. Mai 1924 unter der Ueberschrift „Dr. Gehler schlägt die Geheimniskammer“ das Gutachten des Reichswehrministeriums gegen Dr. Zeigner, das bereits in der öffentlichen Landtagsitzung vom 2. Mai Abg. Genosse Urzi verlesen hatte. Nach § 30 der Reichsverfassung war das Gutachten dieser Publikation ohne weiteres berechtigt, der Amtsrichter lehnte infolgedessen auch ein Verfahren gegen Frenzel deshalb ab, aber der Staatsanwalt erreichte unter Ausnutzung der Öffentlichkeit gegen Frenzel ein Urteil auf zwei Monate Festung, weil in der Veröffentlichung ein Vergehen gegen § 17 Preßgesetz erachtet wird. Zwar ist gegen das Urteil Berufung eingelegt, aber bereits jetzt ging die bisher unüberprüfene Meldung durch die Presse, daß gegen den Genossen Urzi gleichfalls ein Landesverratsverfahren eingeleitet werden soll, falls er durch Auflösung des Landtags nicht immunität werden sollte. Alles das geschieht durch eine Justiz, die durch die Namen Fehrenbach und — Ehrhardt genügend gekennzeichnet ist.

Folgendes Telegramm wurde mit offizieller Zustimmung an den bayerischen Ministerpräsidenten Held abgesandt:

„Deutsche Volksversammlung Deutscher Liga für Menschenrechte, Berlin, Spichernsäle, beschäftigt sich mit politischen Strafverurteilungen insbesondere auch Bayerns, erhebt einmütigen Protest gegen andauernde Entwertung Fehrenbach's, dessen Unschuld die hervorragendsten Rechtslehrer Deutschlands nachgewiesen haben.“

## Vorläufig keine Vierteljahrsgehälter.

Eine von uns im gestrigen Abendblatt wiedergegebene Meldung, wonach im Finanzministerium Verhandlungen über Wiedereinführung der vierteljährlichen Vorauszahlung der Beamtengehälter stattgefunden haben, entspricht, wie amtlich festgestellt wird, nicht den Tatsachen. Die Wiedereinführung der vierteljährlichen Vorauszahlungen soll vor Ablauf des jetzigen Etatsjahres nicht in Frage kommen, da die Gehaltszahlung durch den Etat monatlich geregelt ist.

## Vom Wahlkampf.

Wer trägt die Schuld an der Unordnung in Deutschland? Auf diese Frage antwortete in einer demokratischen Wählerversammlung Georg Bernhardt sehr deutlich: die Deutschnationalen. Er sagte über die wirtschaftlichen Hintergründe der Bürgerblockpolitik:

„Da wird die Absicht der „Reinigung des politischen Lebens“ von den Novemberzuständen verkündet und behauptet, die Deutschnationale Volkspartei werde „Ordnung“ in Politik und Wirtschaft schaffen. Wer hat denn aber jene große Unordnung geschaffen, die Inflationzeit, an deren Ueberwindung wir heute immer noch laborieren? Die Deutschnationalen, vor allem Helfferich und der nur äußerlich volksparteiliche Hugo Stinnes. Bereits beim ersten Ausbruch der Inflationsschuld, noch zu Weizsäckers Zeiten, haben Frömmlicher auf die Gefahren der ewigen Deckung der Staatsausgaben durch die Notenpresse und auf die Notwendigkeit der Erhebung von Steuern zur Abwehr der Geldentwertung hingewiesen. Diese Ansicht ist stets von Stinnes, auch im Reichswirtschaftsrat, bekämpft worden, sogar noch zu einer Zeit, da die Schäden der Inflation schon ins ungeheure gewachsen waren und das Vermögen der Rentner und Sparer zusammengehauen war, während die Industriellen für Papiermarktwchsel, die ihnen die Reichsbank gewährte, sich Sachwerte nach Belieben kaufen konnten.“

Die deutschnationalen Wahlauffrufe sind der deutlichste Beweis für die Verlogenheit der deutschnationalen Politik. Man wollte nicht sagen, was man will, sondern nur das, was man für den zugräftigsten Schwindel hielt. Auch bei der Veröffentlichung des zweiten Aufusses scheinen im letzten Moment noch allerhand Wendungen, Bedenken, Schiebungen vorhanden gewesen zu sein. Die Telegraphen-Union berichtigt, sie habe „durch ein technisches Versehen“ einen Satz ausgelassen. Dieser Satz lautet:

„Wie wir für das ganze Reich deutschen völkischen Geist und Bekämpfung der jüdischen Vorherrschaft verlangen, so fordern wir besonders für Preußen, daß der Zustrom der Ostjuden endgültig abgedämmt wird.“

Ob der antisemitische Jargon erst noch nachträglich eingefügt wurde, oder ob er sogar der TL, zu dumm war?

Die famose „Liberale Vereinigung“ bestreitet, daß sie eigentlich eine Erfindung des Herrn Stresemann sei, und versichert, daß sie eigenes Geistesprodukt ihrer Mitglieder sei. Dieser Prioritätsstreit tut wenig zur Sache. Die Tatsache, daß die Liberale Vereinigung Vor- und Aufnahmestelle für die Volkspartei, eine Vereinigung gegen den Liberalismus ist, schafft er nicht aus der Welt.

Die Wähler der Spitterpartei sind unbeschebar. Der Hypothekengläubiger- und Sparerclubverband bereitet die Auffstellung eigener Kandidatenlisten für die Reichstagswahlen vor. Soll der Unfug vom 4. Mai sich am 7. Dezember wiederholen?

## Jaurès ins Pantheon.

### Ueberführung am 23. November.

Paris, 31. Oktober. (Eigener Drohbericht.) Der Minister hat am Freitag die Ueberführung der sterblichen Ueberreste von Jean Jaurès für den 23. November beschlossen und den vom Unterrichtsminister vorgeschlagenen Feierlichkeiten zugestimmt.



# Gewerkschaftsbewegung

## Falsche Zahlen des Reichsstatistischen Amtes.

Vom Deutschen Eisenbahnverband wird uns geschrieben: Der hohe Realwert der Löhne, der durch das Statistische Amt herausgerechnet wird, fiel dem Lohnpolitischen Ausschuss des A. D. G. B. auf. Zu dessen Sitzung am 23. und 24. Oktober waren auch Vertreter des Reichsstatistischen Amtes geladen und erschienen, jedoch konnten deren Ausführungen die Zweifel gegenüber diesen Zahlen bei den Mitgliedern des Lohnpolitischen Ausschusses nicht beiseiten. Wir haben die in „Wirtschaft und Statistik“ vom 1. Oktober aufgeführten Löhne für Reichsbetriebs- bzw. Eisenbahnarbeiter nachgeprüft und sind zu dem überraschenden Ergebnis gekommen, daß die Grundzahlen, mit denen das Reichsstatistische Amt operiert, von den tatsächlichen Stundenlohnen weit abweichen.

In der Spalte 6 sind die Werkstättenarbeiterlöhne für Berlin für 1913 mit 64 Pf. angeführt. Nach unserem Wissen betrug aber der Handwerkerlohn 1913 in den Berliner Eisenbahnwerkstätten 81 Pf. pro Stunde. Ausdrücklich wird in der Besprechung des Statistischen Amtes gesagt, daß jeweilig der höchste tarifmäßige Lohn angeführt ist.

Abgesehen von dem viel zu niedrig angeführten Lohn von 1913 ist ein weiterer Fehler in der Berechnung enthalten, und zwar der, daß den Lohnsätzen von Januar bis Oktober dieses Jahres der Soziallohn für eine Frau und zwei Kinder zugeschlagen worden ist. Tatsächlich kommt auf jeden Arbeiter im Reichsbahnbetrieb nur ein Kind. Außerdem sind auch nur 60 Proz. der Eisenbahnarbeiter verheiratet. Da nun der Frauen- und Kinderzuschlag gleich ist, läßt sich nur der Soziallohn für 1,6 Personen eingerechnet werden und nicht, wie das Reichsstatistische Amt getan hat, für drei. Legt man nun die richtigen Zahlen zugrunde, so ergibt sich für den Handwerker folgender Reallohn: 7. Januar 1924 53,5 Proz., 4. Februar 58,1 Proz., 3. März 59,4 Proz., 9. April 64,5 Proz., 7. Mai 62,2 Proz., 4. Juni 75,4 Proz., 2. Juli 72,8 Proz., 6. August 74,7 Proz., 3. September 74,1 Proz., 1. Oktober 71,6 Proz., 15. Oktober 69,1 Proz.

Für ungelernete Arbeiter hat das Statistische Amt folgende Zahlen errechnet: 1913 100 Proz.: 7. Januar 1924 91,1 Proz., 4. Februar 98,7 Proz., 3. März 101,3 Proz., 9. April 111,4 Proz., 7. Mai 108,9 Proz., 4. Juni 126,6 Proz., 2. Juli 121,5 Proz., 6. August 124,1 Proz., 3. September 124,1 Proz., 1. Oktober 119 Proz. Auch hier sind unrichtige Zahlen zugrunde gelegt, und zwar sind statt 44 Pf. pro Stunde nur 39,5 Pf. im Jahre 1913 angenommen. Ebenso ist der Soziallohn für drei Personen berechnet. Stellt man hier die richtigen Zahlen in Rechnung, so ergibt sich folgender Reallohn: 1913 100 Proz.: 7. Januar 1924 74,4 Proz., 4. Februar 80,9 Proz., 3. März 81,5 Proz., 9. April 92,0 Proz., 7. Mai 88,9 Proz., 4. Juni 104,6 Proz., 2. Juli 101,1 Proz., 6. August 103,7 Proz., 3. September 102,7 Proz., 1. Oktober 99,4 Proz., 15. Oktober 95,4 Proz.

Ob bei der Errechnung der Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten nicht ähnliche Fehler unterlaufen sind, soll hier nicht untersucht werden. Jedoch muß schon bei oberflächlicher Betrachtung auch die Indexzahl angezweifelt werden. Wenn man auch davon überzeugt sein kann, daß die verschiedenen Arbeiten des Reichsstatistischen Amtes richtig sind, so kann immerhin schon bei der Ermittlung der Indexzahlen für die Jahre 1913/14 ein ähnlicher Fehler, wie bei der Lohnaufstellung, unterlaufen sein. Außerdem ist auch nicht ausgeschlossen, daß bei der Wahl der Waren und Bedarfsartikel, die zur Errechnung des Index mit ihren Preisen in Betracht kommen, mancher Fehlgrieff getan ist. Offenbar muß es zu einem unrichtigen Ergebnis führen, wenn zur Ermittlung des Index Waren in Betracht gezogen werden, die im Haushalt sehr wenig gebraucht werden, und die in der Nachkriegszeit eine Verteuerung nicht erfahren haben, dagegen andere Gegenstände, die im Haushalt eine wichtige Rolle spielen, besonders teuer geworden sind und nicht in Betracht gezogen werden.

Angeichts solcher Veröffentlichungen ist es gar nicht verwunderlich, wenn das Unternehmertum in Deutschland die Meinung zu verbreiten sucht, daß die Arbeiter mit ihrem lärglichen Einkommen ein schönes Leben führen können, ja besser leben als vor dem Kriege.

Angeichts dieser Agitation der Unternehmer, die alle Herabsetzungen der Frucht, der Rohstoffpreise und der Umsatzsteuer schluden und sogar neue Preissteigerungen vornehmen, ist es die Pflicht des Reichsarbeitministeriums, eine Nachprüfung der statistischen Unterlagen des Reichsstatistischen Amtes vorzunehmen, zu der selbstverständlich die Vertreter der Unternehmer wie der Arbeiter heranzuziehen sind. Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn dem Reichsstatistischen Amt in Arbeiterkreisen zum Vorwurf gemacht werden kann, es bemühe sich, durch falsche Zahlen die Preistreiber im Unternehmerlager mit Material gegen die Arbeiter und die Regierung zu versehen.

## Wiederherstellung des Achtstundentags?

Gleiwitz, 31. Oktober. (Eco.) Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hatte für heute nachmittag die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Berg- und Metallarbeiterverbände Oberschlesiens zu einer Besprechung nach Gleiwitz eingeladen, an der auch der Schlichter für Oberschlesien, Oberregierungsrat Dr. Brandes, teilnahm. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns teilte mit, daß in den nächsten Wochen eine Verordnung herauskommen soll, durch die § 7 der Arbeitszeitverordnung geändert wird. Für die Kolereien, Hochöfen, Walzwerke und Stahlwerke soll der Achtstundentag wieder eingeführt werden. Von einer schematischen Einführung des Achtstundentages könne kaum die Rede sein. Der Minister erklärte, er habe die ober- und nieder-schlesischen Betriebe besucht, um festzustellen, für welche Betriebe die neue Verordnung in Frage käme. In nächster Zeit werden noch Vertreter des Reichswirtschaftsrates, die sich gegenwärtig im Westen aufhalten, die ober-schlesischen Industriebetriebe zu dem gleichen Zweck befragen. An die Ausführungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns knüpfte sich eine rege Aussprache, in der von den Vertretern der Gewerkschaften noch verschiedene Wünsche vorgebracht wurden. (Anmerkung der Redaktion: Welche Bedeutung der Ankündigung des Reichsarbeitsministers zukommt, wird erst zu beurteilen sein, wenn der Wortlaut der angeführten Verordnung vorliegt. Doch nicht allein in den gesundheitschädlichen Berufen, ganz allgemein muß der Achtstundentag wiederhergestellt werden. Darüber wird wesentlich der 7. Dezember entscheiden.)

## Gasbetriebsgesellschaft und Arbeiterrat.

Am 1. Oktober gab die Direktion der Gasbetriebsgesellschaft den Arbeitern durch Anschlag bekannt, daß die bisherige 8 1/2 stündige Arbeitszeit bis auf weiteres bestehen bleibt. — Dieser Anschlag verursachte lebhafteste Erregung unter den Arbeitern, denn zu jener Zeit schwebten noch die Tarifverhandlungen, bei denen die Forderung der Arbeiter nach Festlegung des Achtstundentages eine Rolle spielte. Der Arbeiterrat glaubte, zur Beruhigung der Arbeiter etwas tun zu müssen. Er schlug deshalb eine Bekanntmachung an, die den Arbeitern zeigen sollte, daß er ihre Rechte hinsichtlich der Arbeitszeit wahrnehmen werde. Der Arbeiterrat protestierte in seiner Bekanntmachung gegen die einseitige Bestimmung der Direktion. Er ging von der Ansicht aus, daß die Arbeitszeitverordnung der Direktion kein Recht gebe, die Arbeitszeit von sich aus festzusetzen. Er brachte das im Schlußsatz seiner Bekanntmachung zum Ausdruck mit den Worten:

„Nach der Arbeitszeitverordnung darf die tägliche Arbeitszeit nur 8 Stunden betragen. Abweichungen sind nur zulässig für bestimmte Gruppen in bestimmten Ausnahmefällen. Eine Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit für familiäre Arbeitnehmer unter vollständig regulären Produktionsbedingungen ist nur zulässig durch vorläufige Regelung zwischen dem Arbeitgeber und der Arbeiterorganisation.“

Diesem Passus in der Bekanntgabe des Arbeiterrats nahm die Direktion zum Anlaß beim Arbeitsgericht die Ablehnung des Arbeiterrats zu beantragen. Die Direktion begründete ihren Antrag so: Der Arbeiterrat habe ihn den Vorwurf einer demütigen Rechtsverletzung gemacht, dadurch habe er die Arbeiter „aufgehört“ und sich einer groben Pflichtverletzung schuldig gemacht. Die Direktion nimmt für sich in Anspruch, zu ihrem Erlaß berechtigt gewesen zu sein.

Der Arbeiterrat erklärte demgegenüber, er halte das Vorgehen der Direktion für unbillig und ungerechtfertigt, er halte seine Rechtsauffassung für zutreffend, wenn er auch in seiner Bekanntmachung vielleicht nicht den schlüssigen Beweis dafür geführt habe.

Das Gericht wies den Antrag auf Amisenthaltung des Arbeiterrats ab mit der Begründung: Der Arbeiterrat hätte vielleicht besser seine Bekanntmachung nicht zu veröffentlichen, sondern seine Auffassung nur der Direktion bekanntzugeben und mit ihr darüber zu verhandeln um eine Verständigung herbeizuführen. Aber der Inhalt der Bekanntmachung lasse nicht erkennen, daß der Direktion der Vorwurf der bewussten Rechtsverletzung gemacht werden sollte.

## Stadtgüter G. m. b. H. gegen Betriebsrat.

Solange die Güter der Stadt Berlin in städtischer Regie betrieben wurden, bestand zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der Arbeiter aller Güter ein Gesamtbetriebsrat nach § 50 B. G. Infolge einer Vereinbarung mit der derzeitigen Verwaltung hielt der Gesamtbetriebsrat seine Sitzungen stets während der Arbeitszeit ab und den Teilnehmern an den Sitzungen wurde außer dem Arbeitslohn noch der notwendige Aufwand entschädigt. Nachdem die städtischen Güter in eine G. m. b. H. umgewandelt waren, lehnte die neue Verwaltung den Heranzugriff ab. Sie bestritt dem Gesamtbetriebsrat die Eigenschaftsberechtigung, und als es deswegen zu einer Klage vor dem Gewerbegericht kam, führte die Verwaltung zur Begründung

ihres Standpunktes an, die Voraussetzung des § 50 B. G. träfe nicht zu, denn jedes Gut bilde einen in sich abgeschlossenen Betrieb mit besonderer Eigenart, von einer Gleichartigkeit der Betriebe und ihrer Zusammengehörigkeit im Sinne des § 50 könne keine Rede sein.

Das Gewerbegericht erhob Beweis über diese Behauptung und kam schließlich zu der Entscheidung, daß der § 50 auf die Stadtgüter G. m. b. H. zutrafte und der Gesamtbetriebsrat zu Recht bestehe.

Einige Wochen vor dieser Entscheidung hatte der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats, dem bisherigen Brauch entsprechend, wieder eine Sitzung an einem Wochentage vormittags 10 Uhr nach Berlin einberufen. Die Verwaltung der Stadtgüter verlangte, die Sitzung solle erst um 4 Uhr nachmittags stattfinden, damit weniger Arbeitszeit versummt werde. Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats berief sich aber auf Brauch und Abkommen und hielt die Sitzung um 10 Uhr ab. Obgleich der Sitzungstag ein Regentag war, an dem landwirtschaftliche Arbeit gar nicht geleistet werden konnte, zog die Verwaltung den 13 Mitgliedern des Gesamtbetriebsrats den Lohn für den Sitzungstag ab.

Hiergegen klagte der Gesamtbetriebsrat beim Gewerbegericht, welches am 28. Oktober entschied: Die Klage ist gerechtfertigt. Das Gericht hält es zwar nicht für notwendig, daß die Sitzung am Vormittag abgehalten wurde, es ist aber der Meinung, daß die einzelnen Mitglieder des Gesamtbetriebsrats dafür nicht verantwortlich gemacht werden können, denn sie haben der Anordnung ihres Vorsitzenden Folge geleistet und mußten annehmen, die Abhaltung der Sitzung am Vormittag sei in der Ordnung, weil es bisher immer so gewesen sei.

## Abgewehrte Aussperrung.

Saarbrücken, 31. Oktober. (W. B.) Gestern haben unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reikes Verhandlungen zwischen den Köchlingschen Eisen- und Stahlwerken und den Vertretern der Arbeiterorganisationen stattgefunden. Die zu dem Ergebnis führten, daß die Köchlingschen Werke sich zur Wiederaufnahme ihrer Betriebe unter folgenden Voraussetzungen bereit erklärten: 1. Der Betrieb der Köchlingschen Hütte wird am 3. November 1924 wieder aufgenommen, 2. die Wiedereinstellung der Arbeiter erfolgt sobald wie möglich und in vollem Umfange unter Berücksichtigung der Betriebsmöglichkeiten, 3. Abregelungen von Arbeitern finden nicht statt, 4. die Stilllegung der Werke gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses, 5. für das Arbeitsverhältnis der Arbeiter der Köchlingschen Hütte ist vom 3. November 1924 an maßgebend der Manteltarifvertrag, welcher für die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie auf dem Gebiete der Eisenindustrie gilt, 6. die Löhne richten sich ab 3. November nach dem Lohnstarif, wie er zurzeit bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie auf dem Gebiete der Eisen- und Stahlwerke in Anwendung ist, 7. beide Parteien werden für eine weitere Ermäßigung der Kohlenpreise für die Hüttenwerke eintreten. Die Arbeitervertreter nahmen hieran Kenntnis mit dem Bemerkten, diese Vorschläge ihren Organisationen zur Entscheidung unterbreiten zu wollen.

## Schiedspruch für die Textilindustrie im Vergischen Land.

Barmen, 31. Oktober. (U.) Der staatliche Schlichtungsausschuss für das bergische Land fällt für das rechtsrheinische Textilgewerbe folgenden Schiedspruch: Die Löhne des allgemeinen Lohnabkommens und der Branchentarife werden um 9 Proz. erhöht. Die Alfordlöhne werden nur erhöht, wenn und soweit der bisherige Alforderdienst die neue Lohnbasis plus 10 Proz. nicht erreicht. Das Abkommen gilt ab 1. November 1924 auf unbestimmte Zeit und kann mit einmonatiger Kündigung erstmalig zum 31. Dezember 1924 gekündigt werden. Das bisherige Arbeitszeit- und Überarbeitsabkommen wird vom 1. November bis 28. Februar 1925 verlängert. Falls vorher durch Gesetz die Verordnung eine dem Arbeitszeit- und Überarbeitsabkommen widersprechende Regelung eintritt, kann das Abkommen mit 14tägiger Frist gekündigt werden. Erklärungsfrist bis einschließlich 4. November.

## Ultimatum der österreichischen Eisenbahner.

Wien, 31. Oktober. (U.) Die Vertrauensmänner der Eisenbahner haben an die Generaldirektion der Bundesbahnen ein Ultimatum gerichtet, in welchem sie für den Fall, daß bis zum 7. November mitternacht ihre Lohnforderungen nicht erfüllt sind, mit Streik drohen.

**Gewerkschaft deutscher Volksschüler, Provinzialverband Berlin.** Heute, Sonnabend, 7 Uhr, Sitzung im Rathaus, Zimmer 10. Thema: „Die Lehrerbildungsfrage“. Referent aus dem Ministerium, Beschulungsfragen. **Verband der Buchbinder und Papiererarbeiten.** Donnerstag, den 18. November findet unsere öffentliche Generalversammlung für das 1. Quartal statt. Beiträge zu dieser Generalversammlung müssen spätestens bis Donnerstag, den 6. November, bei der Ortsverwaltung eingereicht sein. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Genterius; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Asforn; Redaktion: Dr. John Schickowski; Volles und Sonstiges: Fritz Ruppert; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Block 2, 2. Stock.

# Sonnabend-Angebote Extra-Preise

nur heute

Blusenstoffe reinwoll., aparte Streif. 3 M  
mittelfarb. 70 cm br. Mir.  
Schottenstoffe moderne Stellungen 3 20  
ca. 105 cm br., Mir.  
Cheviot reine Wolle, marengo und 3 40  
schwarz, ca. 100 cm br. Mir.  
Mantelflausch schwere Winterware 5 20  
ca. 130 cm breit, Mir.

Kostümrock modern gestreift/Stoff 8 90  
plissiert  
Kasaks aus Kunstseiden - Trikot 6 75 8 75  
lebhaftes Farben

Damenhüte Slikina, garniert, 4 75  
schwarz und farbig  
Seidenplüschhüte kleine u. große 7 90  
Bandgarnitur

Gardinenstoff klein gemustert 85 Pf.  
Meter  
Etamine - Halbstore Stück 3 75  
Schlafdecke meliert u. modertübig 6 50  
Größe 140/190 cm  
Reisedecke doppelseitig . . . 12 50

Weiche Herrenhüte ve. chid. 4 90  
Farben  
Regenschirme f. Damen u. Herren 3 90  
Futteral, Naturgriff  
Selbstbinder moderne 95 Pf. 1 65  
Muster

**Elegantes Tanzkleid** aus Kunstseiden-Taffel 24 75  
in modernen Farben

**Damen-Mantel** aus Eskimo, in verschied. modernen 36 50  
Farben und mit Bibretille - Kragen

**Mädchen-Mantel** aus einfarb. Flansch m. Plüschkragen 6 90  
(Jed. weif. 10 cm 1,50 mehr) Lg. 50 cm

**Handschuhe 80 Pf.** Schweden 1 45 Wildleder 1 75  
für Damen . . . farbig Trikot  
mittelfarb. farbig  
halb gefüttert  
mittelfarb. farbig  
Doppeltstoff

**Winterjoppen** 2 reih. 2 45 3 reih. 3 4 M  
hoch- hoden  
f. Herren, Lodenstoff, gefüt., geschlossen  
1 reih. Sportform m. Vorder-  
jacketten und herumgehendem  
Gürt od. 2 reih. glatte Form

**Bagdad Fenster-Garnitur** farbig, dreiteilig 8 75  
Querbehang  
mit Fransen

Damenstrümpfe Musselin, schwarz 1 25  
u. modernen Farben  
Strickwolle gute Qualität 95 Pf.  
schwarz, 100 Gramm  
Schlupfbeckkleid f. Damen, Trikot 2 45  
mit Futter, farb.

Ripskissen, farbig vorgeseichnet 1 85  
Gr. 40/60 cm  
Kaffeewärmer farbig, vierseitig 1 60  
vorgeseichnet  
Hüfthalter grau Dreil., mit breitem 3 25  
Gumm, mit 1 Paar Halter  
Büstenhalter aus gutem Wäsche- 1 20  
stoff . . . . .

**Elektrische Wintersonne**  
60 cm hoch, Reflektor 40 cm Durch- 10 50 ver-  
messer, mit Zuleitung . . . . . nickelt 15 M

**A. Wertheim**  
Leipziger Str. Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz



# Sonntägliche Wanderziele.

## Die Rauenfchen Berge.

Von den Bahnhöfen der Stadtbahn fahren wir über Erkner (umsteigen) nach Fürstenwalde. Diese Stadt ist eine alte Siedlung im Spreetal. Vom Bahnhof aus kommen wir zuerst durch die neuere Stadtviertel. Breite, gutgepflasterte Straßen, großstädtische Häuser treffen wir hier an. Je näher wir aber der Spree kommen, desto älter erscheint das Stadtbild. Die Straßen werden schmal, alte Giebelhäuser geben ihr das Gepräge. Der älteste Teil der Stadt liegt auf den Inseln, die die Spree hier bildet. Da diese Inseln das Ueberfließen des Flusses erleichterten, führte hier eine alte Handelsstraße vom Norden nach dem Süden vorüber. So ist es denn leicht verständlich, daß hier ein Kastplatz entstand, an dem dann eine Siedlung aufblühte. Wir sehen hier ähnliche Verhältnisse wie bei Berlin-Köln, wo es schon Ende auch die geologischen Verhältnisse waren, die die Hauptursache für die Art und Weise der geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Siedlung bildeten. Wir wandern über die neue Spreebrücke nach Ketschendorf. Von der Dorfstraße wenden wir uns jedoch alsbald rechts ab durch die Petersdorfer Straße. Hinter dem Dorf schlagen wir den Weg nach Süden ein. Durch völlig ebenes Gelände führt er hin, wir durchqueren das Warschau-Berliner Urstromtal. Vor uns ragen die Rauenfchen Berge auf, die wir schon von Fürstenwalde aus sehen konnten. Sie gehören dem Bergzug an, der sich auf dem Südrand des Urstromtals in ostwestlicher Richtung hinzieht. Ostlich von den Rauenfchen Bergen liegen die Soldatenberge und die Dubrowberge. Diese Bergreihe ist eine Endmoräne der Eiszeit, deren Kern aus tertiären Schichten besteht.

### Die tertiären Ablagerungen.

Die dem Tertiär, d. h. der dritten großen Erdbildungsperiode angehörenden Schichten des Kerns der Endmoräne sind durch den Druck des Inlandeises der Eiszeit aufgestaut und häufig zerstört worden. Sie gehören dem Miozän, also dem mittleren Tertiär an. Die Schichten bestehen aus Formanden, Betten und Braunkohlen. Das Vorkommen mehrerer Braunkohlensätze führte zur Anlage von Bergwerken, die zum Teil noch in Betrieb, zum Teil bereits aufgelassen sind. Unser Weg bringt uns zu den Grubengebäuden der Braunkohlengrube „Konsolidiert Gnadenreich“ am Fuß der Rauenfchen Berge. Von hier führt die „Brahnsollen“ in das Innere des Berges bis unter seine höchste Kuppe, 65 Meter unter Tage. Jetzt ist der Stollen verlassen, wahrscheinlich ist das Kohlenflöz abgebaut. Das Erdreich über dem Stollen ist eingesenken — zu Bruch gegangen, wie der Bergmann sagt. Auf eine lange Strecke hin können wir so den ehemaligen Gang verfolgen. Unmittelbar südlich der Braunkohlengrube beginnen die Formandengruben, die sich westlich des Weges Ketschendorf—Petersdorf hinziehen. Beide Gesteinsarten, Formand und Braunkohle, kommen stets zusammen vor, so daß man beim Aufschließen des Formandes immer die Braunkohle in der Nähe vermuten darf. Der Formand wird zur Herstellung der für die Metallgießereien nötigen Formen verwendet, daher sein Name. Er ist, je nach seinen Beimengungen, von verschiedener Farbe, schwarz, schokoladenbraun, grau oder weiß, aber immer äußerst fein, mehligartig. In den Gruben sehen wir die Luftschichtungen und Verwerfungen der Sandstufen. Haarscharf und meist immer gut zu erkennen ist die Grenze zwischen den tertiären Ablagerungen und denen der Eiszeit, die darüber liegen. In den Formanden kommen mitunter schwache Braunkohlensätze vor, die den Abbau der Sande hindern. Sie werden deshalb angezündet und glimmen allmählich fort. Die verbleibenden Abenrückenstände lassen sich leichter entfernen als die gewachsene Braunkohle. Die Kohlenflöze in den Bergwerken entzünden sich öfter selbst; der in der Kohle enthaltene Schwefelkies entwickelt bei seiner Zersetzung locale Wärme, daß Flözbrände entstehen. Von der Ketschendorf—Petersdorfer Landstraße haben wir einen prächtigen Ueberblick über die Landschaft. Zwischen den Rauenfchen und den Soldaten- und Dubrowbergen befindet sich eine Senke, die bei Petersdorf von dem Petersdorfer See ausgefüllt wird. Nach Süden hin schließt sich ein Busch an, das sich bis zum Scharnhöhe erstreckt; dieser füllt weiterhin die Senke aus. Die Senke ist eine Rinne, durch die die eiszeitlichen Schmelzwässer gen Süd abfloßen. Die Hügelkuppen und Einschnitte zaubern uns ein Bild

vor Augen, das uns an eine Gebirgslandschaft Mitteldeutschlands erinnert.

### Die Markgrafensteine.

Wir kommen nach Petersdorf, das wir jedoch nur in seinem nördlichen Ende berühren. Von Nordwest führt unser Weg zum Dorf hinaus. Das Gelände steigt an, geht es doch dem Gipfel der Rauenfchen Berge zu. Im Walde sehen wir trichterförmige, freistündige oder langgestreckte Gruben. Es sind Erdfälle, die durch den Einsturz des Untergrundes infolge des Bergbaues entstanden sind. Die Strecke ist zu Bruch gegangen, sagt der Bergmann. Durch



Am großen Markgrafenstein.

schönen Nadelwald bringt uns der Weg zuerst in nordwestlicher, dann in südwestlicher Richtung zu den Markgrafensteinen, zwei gewaltigen Finglingsblöden, von denen reich umgeben. Der kleine Markgrafenstein hat einen Umfang von 21,5 Metern und ist 5,70 Meter hoch, davon stecken jedoch 2 Meter in der Erde. Der große Markgrafenstein hat eine Höhe von 6,60 Metern, davon 4,70 Meter über der Erde. Der kleine Stein liegt nach unbedeutend; dagegen wurde von dem großen im Jahre 1826 ein 1600 Zentner schweres Stück abgesprengt. Hieraus wurde unter Leitung des Baumeisters Cantian die Schale vor dem Alten Museum in Berliner Lustgarten hergestellt. Auch die Friedenssäule auf dem Belle-Alliance-Platz stammt von dem großen Markgrafenstein. Vor der Sprengung hatte dieser Stein 29,5 Meter Umfang und war 8,5 Meter hoch. Die Markgrafensteine sind wohl die größten Finglingsblöde in der Mark Brandenburg. Sie zeugen von der gewaltigen Kraft des Inlandeises, das sie aus der skandinavischen Heimat hierher geschleppt hat. Auf dem höchsten Gipfel der Rauenfchen Berge, 148 Meter über dem Meeresspiegel oder 110 Meter über der Spree, steht ein Vermessungsgerüst, das gegen Entgelt besichtigt werden darf. Das Besichtigen ist jedoch nur schwindelfreien Personen anzuraten. Von oben genießen wir eine prächtige Rundschau. Nahebei der dicke Wald, im Norden das Warschau-Berliner Urstromtal mit Fürstenwalde und der Hochfläche des Barnim auf dem jenseitigen Ufer. Im Westen sind bei klarem Wetter die Türme auf den Kranichbergen bei Woltersdorf und auf den Müggelbergen zu erkennen. Im Süden blüht der Spiegel des Scharnhöhe auf. In der Nähe des Gerüsts steht der steinerne Tisch, aus dessen Mitte von dem großen Markgrafenstein abgesprengten Stückes hergestellt. Auf freien Stufen wandern wir jetzt vom Bergesgipfel herab. Bald sind wir in Rauen, dessen Kirche bemerkenswert ist. Sie muß schon ein hohes Alter (etwa 600 Jahre) besitzen, denn sie ist aus unbedeutenden Feldsteinen erbaut. Von Rauen wandern wir auf der Chaussee nach Fürstenwalde zurück. Ein Gang durch die Stadt im Abenddämmern bringt uns wieder zum Bahnhof. Weglänge etwa 17 Kilometer.

## Der Treffpunkt.

Jedemwo muß man sich doch, wenn man eine Verabredung hat, treffen. Da die alten Normoluxen verschwunden sind, so trifft man sich an anderer Stelle. Und wo könnte sich der moderne Berliner besser verabreden und treffen als... sagen wir mal am Eingang zu einem Untergrundbahnhof. Zum Beispiel an dem der Königgräßer Straße. Man glaubt gar nicht, was das für ein ausgezeichnete Treffpunkt ist. Hunderte laufen dort hinein, Hunderte kommen heraus. Alles drängt, eilt, läuft, schubst, jeder hat größte Eile und will vorwärts. Mitten in dem wilden Gewimmel liegt nun jener Treffpunkt. Und wenn der eine Partner eingetroffen ist, dann wird der Treffpunkt zum Standpunkt. Dort steht er oder sie und wartet und weicht nicht. Wird, aufgeregt trommelt und knarrt das Trampeln der vielen Menschen um den Wartenden. Das kümmert ihn nicht. Er steht im Mittelpunkt des Ganzen und wartet. Welch Stück aber, wenn der bzw. die Erwartete endlich gekommen und wohl gar noch einen oder zwei gute Freunde oder Freundinnen mitgebracht hat. Wo in aller Welt könnte in Berlin eine bessere Gelegenheit sein, sich gegenseitig vorzustellen, zu plaudern, zu lachen und sich Anekdoten zu erzählen, als ganz genau in dem Eingang zur Untergrundbahn, wo Hunderte und aber Hunderte sich um die angeregten Plaudernden herumhängeln müssen. Mitunter treffen sich an dem Eingang zwei oder drei verschiedene Parteien, und dann wird es überhaupt erst richtig gemütlich. Des Sagens und Scherzens ist — immer am Eingang zur Untergrundbahn — gar kein Ende. Und die Leute, die hinunter- oder herauswollen, werfen wohl mißbilligende oder auch wütende Blicke auf die im Treffpunkt Stehenden, und dann gehen sie um sie herum und verschwinden. Es hat ja niemand viel Zeit. Hin und wieder aber kommt es doch vor, daß ein Mann von rauhen Sitten einen Durchbruchsoersuch macht, etwa mit den Worten: „Möchten Sie mich gefälligst Platz machen und den Eingang frei halten!“ Der aber kann was erleben. „Prolet!“ ist noch das Wenigste, was er von den Leuten auf dem Treffpunkt zu hören bekommt. Auch ein Schupo läßt sich mal sehen. Aha, denkt man freudig, jetzt macht er den Eingang frei. Aber auch der Schupo geht höflich um die Leute auf dem Treffpunkt herum und angelt sich ein armseliges Weibchen, das am Eingang, eng an die Wand gedrückt, leise um eine Gabe jammert. Sie muß weg. Sie muß Platz machen. Die Treppe ist für den Verkehr! Ordnung muß sein! Der Eingang zur Treppe aber ist für den geselligen Verkehr. Da hat der Schupo offenbar nichts zu sagen. Es wäre jedoch sehr gut, wenn er was zu sagen hätte und wenn er es auch sagen würde. Denn rund heraus gesagt, die Leute vom Treffpunkt sind die Leute, die die gelassene Dreistigkeit besitzen, sich mitten in den Weg zu stellen, wo der Verkehr am größten und drähten ist, und da haben sie wirklich nichts zu suchen.

### Auf eine deutschnationale Tasse Kaffee.

Das folgende kleine Erlebnis teilt uns eine Leserin mit: „Frühmorgens 9 Uhr. An der Straßenbahnhaltestelle, Warten, verweiltes Warten. Eine Straßenbahn kommt nicht. Man trippelt auf, man trippelt ab. Auch ich. Hinter und manchmal auch neben mir immer ein Herr mit einem Bäuchlein, aber sonst ziemlich still. Er beobachtet mich fortgesetzt. Schließlich findet er den Mut, mich anzusprechen. „Fräulein, gestatten Sie, daß ich Sie für heute Abend zu einer Tasse Kaffee einlade?“ „Danke recht sehr, tut mir leid, daß ich keine Zeit habe.“ „Schade.“ „Warum“, meine ich. „Nun, Sie haben so schöne Zähne!“ Jetzt muß ich aber wirklich lachen. „Das hat doch mit Kaffeetrinken nichts zu tun.“ „Doch, doch“, entgegnete er, „ich bin nämlich Zahnarzt.“ Und noch mal verjuchert und findet wieder eine Ablehnung. „Muß das wirklich sein?“ Da endlich kommt die Straßenbahn. Gott sei Dank. Zum Schluß meint er, „geht Fräulein, aber einen Gefallen tun Sie mir noch, am 7. Dezember wählen Sie auch ohne die Tasse Kaffee die deutschnationale Volkspartei, ja, bitte recht sehr!“ Und ehe ich antworten kann, fährt die Straßenbahn weg.“

Der liebenswürdige Agilator ist sicher um eine sehr unterhaltende politische Kaffeestunde gekommen.

Ungarische Sozialdemokraten! Sonntag, den 2. November, früh 9 1/2 Uhr, Lokal 14/17, Moskowstr. 13: Zusammenkunft (mit bei Equis, Ulladehütte).

## Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

Und das britische Reich? Das kleine Alt-England, abhängig vom Ueberseehandel, vom Weltmarkt, der es im Stich gelassen, von seiner Handelsmarine, die keine Fracht bekommen konnte, würde am härtesten bedrängt werden. Und der Geist der Revolution unter Männern, die durch den Krieg verbittert, durch trügerische Versprechungen enttäuscht, auf eine niedrige Lebenshaltung herabgedrückt waren, hatte letzten Endes auch England ergriffen.

„Rein, Major,“ schloß Christy, „ich möchte doch lieber keinen Sohn in die Welt setzen.“

Bertram erhob sich und sah schweigend in das Dunkel hinaus, das von den glühenden Augen der Lokomotiven und dahinschwebenden Autos unterbrochen wurde. Dann wandte er sich zu Christy zurück und sagte: „O, altes Gespenst! Du jagst einem Schauer über den Rücken. So schlimm stehen doch die Sachen noch nicht.“

Christy lachte und drehte das elektrische Licht an. „Bielleicht ist es nur mein krankhaftes Temperament, und ich habe Unrecht. Aber ich beobachte, wohin die Dinge treiben. Doch lassen wir die internationale Lage und beschäftigen wir uns lieber mit Heimpolitik. Was treiben Sie zurzeit, Major?“

„Ich suche Arbeit,“ sagte Bertram. Luke Christy gab ihm den Rat sich um eine bequeme, kleine Stelle bei der Regierung zu bemühen, die aus der Tasche der Steuerzahler bezahlt würde und nicht mehr Arbeit erforderte, als der erste beste Bureaudienner leisten konnte, ohne es zu merken. „Rein! Ich will ein ehrlicher Mensch bleiben,“ sagte Bertram.

Das schien Luke Christy ungeheuer drollig zu finden. „Aber mein lieber Major, die einzigen ehrlichen Leute in der Welt sind die, welche verhungern. Ich bin einer der schlimmsten Heuchler. Einer; denn während mein Herz für die leidende Menschheit blutet, erziele ich ein gutes Honorar für meine Artikel, in denen ich ihre Qualen beschreibe.“

Da errötete Bertram plötzlich und sagte nervös: „Christy, ich glaube, wenn ich versuchte, könnte ich auch schreiben. Was meinen Sie dazu?“

„Sie?“ sagte Christy. Das Wort und seine Betonung waren nicht sehr ermutigend. Es wurde Bertram schmerzlich, seinem Freunde zu gestehen, daß er ein Buch geschrieben hätte, und daß er überzeugt war, endlich einen Lebenszweck gefunden zu haben.

„Was für eine Art Buch?“ fragte Christy. „Ein Buch über den Krieg.“ Christy stöhnte, hielt die Hände hoch und rief: „Pardon! Pardon! Kamerad!“

11.

Joyce war zu einem Tanzabend gegangen und hatte Bertram bei seinem Buche zu Hause gelassen. Zwar hatte sie ihn aufgefordert, sie zu begleiten, damit sie sich nicht an „andere Gesellschaft“ anschließen mußte.

„Was für Gesellschaft?“ fragte Bertram und sah scharf von seinen Schriften auf. Sie zuckte die Achseln. „Die gewöhnliche, die beiden Russinnen, Jack und Kenneth.“

Bertram stieß seine Papiere zurück. „Wozu brauche ich dann noch mit zu kommen? Die Russinnen langweilen mich zu Tode mit ihren Geschichten aus der alten Zeit und den Greuelthaten der Bolschewisten, und ich hasse es, dich mit Kenneth Murkes tanzen zu sehen. Er tanzt wie'n verliebter Ballettmeister. Und außerdem —“

„Außerdem?“

„Wenn schon getanzt werden soll, dann will ich mit dir tanzen.“

Sie lächelte. „Die ganze Zeit, Bertram?“

„Ja. Du bist meine Frau.“ Seine verwünschte Eifersucht war wieder stärker gewesen als er.

„Ja, aber nicht dein Eigentum, mein Lieber,“ sagte Joyce. „Anderer Leute Eigentum aber auch nicht,“ knurrte Bertram. „Ich bin noch so altmodisch, daß ich nicht leiden kann, wenn irgend jemand zum Jazz die Arme um dich schlingt. Das ist widerlich.“

„Du selbst bist widerlich,“ antwortete Joyce.

Ihr Gesicht flammte in plötzlichem Zorn auf, und in ihren Augen blühte es stahlhart. Sie stand an der Tür in ihrem lichtleidenen Abendkleid, das den weißen Hals und die Arme frei ließ. In ihrem goldenen Haar spielte das elektrische Licht. Bertram war in ihren Anblick versunken und fühlte, wie der Zorn ihm ins Gehirn kroch, weil er sie nicht hindern konnte, mit dem Manne zu tanzen, den er verabscheute, und weil er sie nicht für sich allein behalten konnte, und weil sie ihm ihre einzige Liebe nicht schenkte, nach der seine Seele hungerte.

„Das Wort sollte keine Frau zu ihrem Manne gebrauchen,“ sagte er heftig.

„Es war dein Wort.“ Sie lachte und zögerte an der Tür. Dabei blickte sie ihren Mann mit einem halb spöttischen, halb bewundernden Lächeln an. Aber er starrte auf seine Schreibereien und sah es nicht. Auch nicht das Mitleid in ihren Augen.

„Bielleicht kommst du doch lieber mit? Dein Buch macht dich noch nervös.“

„Es interessiert mich,“ antwortete Bertram.

„Ich werd' es noch mal hassen. Ich möchte den ganzen Krieg schon am liebsten vergessen.“

„Das möchte jeder,“ sagte Bertram leidenschaftlich. „Die Kriegsschieber, die Allen, die den Massenmord befohlen, die Politiker, die den Frieden verdarben, und die geschminkten kleinen Mädel. Aber der Teufel soll mich holen, wenn ich es ihnen erlaube.“

„Geschminkte kleine Mädel?“ wiederholte Joyce. „Bin ich damit gemeint?“

„Rein!“

„Danke!“ Damit verließ sie das Zimmer, und Bertram hörte, daß der Wagen gemeldet wurde. Er stand auf. Bielleicht sollte er doch lieber mitgehen? Er hätte es jetzt gern getan. Er sehnte sich nach Joyces Schönheit, wenn er sie auch mit ihren Freunden zu teilen hätte. Aber es war zu spät, das Auto rollte davon.

Er war zu rauh mit Joyce. Warum sollte sie schließlich nicht mit anderen tanzen? Hatte er etwas von der Härte und Unbuddsamkeit seines Vaters geerbt? Oder war es die Leidenschaftlichkeit seiner Liebe, die sich Joyce ihm versagen ließ, nachdem ihr Kindchen gestorben war? Sie machte kein Hehl daraus, wie unangenehm ihr seine Zärtlichkeiten waren. Oder hatte dieser unaufhörliche Zwist zwischen ihnen in ihren verschiedenen Anschauungen seinen Grund? Wie es auch war, es war sehr schwierig. Er mußte sich mehr zusammennehmen, sich zu selbstloser Liebe aufschwingen, und im Notfall sogar seine leidenschaftliche Liebe zu Joyce zum Opfer bringen, um ihre Willen.

Er zwang sich, weiter zu schreiben, und war bald tief in seine Aufgabe versunken, froh über den schnellen Fluß seiner Feder und die wichtigen Streiche, die sie ausstellte. Es waren starke Sachen. Eine bittere Beurteilung all der Dummheiten, der Mißgriffe, der so unnötigen Hinstückung von Menschenleben. Seine eigenen Leute waren unter den Opfern gewesen. Wie hatte er diese Befehle vom Hauptquartier verflucht! Wie unbegreiflich tödlich waren sie gewesen!

Nachdem er, ganz vertieft in seine Arbeit, mehrere Stunden geschrieben hatte, hörte er die Glocke in der Vorhalle. Ronnie Joyce schon zurück sein? Unmöglich! Es war ja erst Mitternacht. Das Stubenmädchen war zu Bett gegangen, also mußte er selber öffnen gehen. Gräßlich! Wer konnte es sein in aller Welt?

(Fortsetzung folgt.)



## Der neue Kurs.

### Erste Geldtat des neuen Schuldezernenten.

Die 16 Realschulen von Alt-Berlin unterscheiden sich bekanntlich dadurch vorteilhaft von den anderen Realschulen, daß der fremdsprachliche Unterricht in ihnen erst in der vierten Klasse beginnt und daher die begabten Schüler noch nach fünf- bis sechsjährigem Besuch der Gemeindefschule ohne Zeitverlust aufgenommen werden können. Diese Einrichtung, die von dem Berliner Stadtschulrat Bertram stammt und für die sich bei der Einführung auch der berühmte Sprachforscher Steinthal in einem Gutachten ausgesprochen hatte, ist der Schulkritik schon lange ein Dorn im Auge. Es ist ihr zwar gelungen, die Ausführung des nach der Revolution von der alten Deputation für das höhere Schulwesen mit Zustimmung aller Sozialisten und Demokraten mehrfach gefassten Beschlusses auf Aufhebung der völlig unnötigen fünften und sechsten Klassen zu hintertreiben. Aber es war ihr bisher nicht gelungen, die Verlegung des fremdsprachlichen Anfangsunterrichts in die sechste Klasse zu erreichen; Cappel, der langjährige Führer der Bürgerlichen im Rathaus, widersetzte sich der Absicht in dem Interesse der begabten Gemeindefschüler energisch. Was sind aber Größen wie Bertram, Steinthal und Cappel gegen den neuauftretenden Stern, Stadtrat, Studienrat Bencke.

Zu Dienstag, den 28. Oktober, berief dieser eine Sitzung des Bezirksbildungsausschusses auf 5 Uhr ein, um die Befreiung dieses vor etwa 10 Jahren erreichten schulpolitischen Fortschritts durchzuführen. Nun lagten aber gleichzeitig verschiedene Fraktionen, z. B. auch die unglückliche, wie dem Stadtrat Bencke bekannt war. Daher legte Bencke Stadtratsordner Dr. Witte schriftlich Einspruch gegen die Abhaltung der Sitzung ein. Obwohl noch andere Stadtratsordner der Linken ebenfalls durch Fraktionsführer an der Teilnahme der Sitzung des Bezirksbildungsausschusses verhindert waren, begann man allen parlamentarischen Sitten zum Trotz die Verhandlung über eine so wichtige Angelegenheit. Als Bencke Witte nach Schluß der Fraktionssitzung kurz vor Beginn der Stadtratsordnerversammlung doch noch im Bezirksbildungsausschuss erschien, stellte er den Antrag, daß der von ihm ausgearbeitete Lehrplan, bei dem die Beibehaltung des fremdsprachlichen Unterrichts in der vierten Klasse vorgelesen, aber die Neuordnung des höheren Schulwesens durch den Minister Boettig berücksichtigt sei, in einer besonderen Sitzung geprüft werde. Aber dieser Vorschlag wurde abgelehnt, obwohl zugegeben wurde, daß vor Ostern 1925 eine Veränderung des Lehrplans nicht eintreten könne. Fürchte man etwa, inzwischen würde der Abbau Bauens von der Aufsichtsbehörde für ungeschicklich erklärt werden und der Bencke wieder das Schuldezernat übernehmen? Man erklärte: Wenn nicht bald die Verlegung des fremdsprachlichen Anfangsunterrichts in die sechste Klasse beschlossen werden würde, so würde sie von dem Minister angedeutet werden. Bencke Witte schlug darauf vor, von einem Beschlusse überhaupt Abstand zu nehmen, da er ja nur eine Kommode sein würde; wenn die Angaben richtig wären, wäre es am besten, dem Minister die Verantwortung für diesen schulpolitischen Rückschritt zu überlassen. Aber es half nichts, die Schulreaktion raste und wollte ihr Opfer haben. So wurde beschlossen, am Ostern 1925 in der sechsten Klasse mit dem fremdsprachlichen Unterricht zu beginnen. Die Abstimmung fand zu einer Zeit statt, wo schon die Sitzung der Stadtratsordnerversammlung begonnen hatte. Der Fall dürfte einzig in der Geschichte des Berliner Kommunalwesens dastehen, daß die Abstimmung in einer Deputation oder in einem Ausschuss, nach dem über einen so wichtigen Gegenstand, allen anderen Vorschläge zum Trotz zu einer Zeit vorgenommen wurde, wo an der Teilnahme verschiedener Mitglieder durch eine Sitzung der Stadtratsordnerversammlung verhindert waren. Das ist die erste Geldtat des neuen Schuldezernenten. Gegen ihn wird bei dem Oberbürgermeister Beschwerde erhoben werden.

## Polizei und Autoverkehr.

### 2800 Strafen in einem Vierteljahr.

Die zahlreichen Übertretungen der Kraftfahrzeuge, die allein im letzten Vierteljahr 2800 Strafvorfälle zur Folge hatten, haben das Kommando der Schupolizei veranlaßt, den Beamten, die den Straßenaufsichtsdienst versehen, die Vorschriften über den Kraftfahrzeugverkehr ganz besonders in Erinnerung zu bringen.

In geschlossenen Ortschaften ist den Kraftwagenführern folgendes verboten: eine Geschwindigkeit über 35 Kilometer, das Desajnen der Auspuffklappe und die Benutzung stark wirkender Scheinwerfer. Darüber hinaus wird lebhaftes Ragen darüber geführt, daß die Beleuchtung des hinteren Kennzeichens in sehr bedenklichem Maße vernachlässigt wird. Die Kennzeichen sind vielfach nur teilweise oder oft so schwach beleuchtet, daß sie nicht zu erkennen sind. Ihre schlechte Erkennbarkeit beruht zum Teil auch darauf, daß sie verstaubt und schmutzig sind, wodurch auch der rote Stempel in Mitleidenschaft gezogen wird. An manchen Kennzeichen ist der Stempel entweder gar nicht oder nur sehr schwach zu sehen. Kennzeichen mit Transparenz sind oftmals beschädigt oder so repariert, daß Buchstaben und Nummern nicht zu lesen sind. Da es sich in den genannten Fällen regelmäßig um Nachlässigkeiten handelt, wird dagegen rüchlos vorgegangen werden. Das Kennzeichen muß bei Tage und bei Nacht auf 20 Meter deutlich lesbar sein. Der Stempel muß auf etwa 10 Meter deutlich als noch vorhanden zu erkennen sein. Ferner dürfen Kraftfahrzeuge nur kurze Warnungssignale abgeben. Gegen alle Fahrzeuge, die insbesondere die elektrischen Hüpen länger anhaltend benutzen, weist man sich freie Bahn zu verschaffen, wird auf Grund der Verordnung über Kraftfahrzeuge vom 15. März 1924 Anzeige erstattet.

### „Korruptionsschwindel der „Noten Fahne“.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „In Nr. 143 der „Noten Fahne“ vom 29. Oktober 1924 sind gegen die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin unter der Überschrift „Korruption bei der Hauszinssteuerermäßigung in Berlin“ Angriffe erhoben worden, die sich bei näherer Betrachtung als Wohlwahrer niedrigerer Art kennzeichnen. Die in dem Artikel erwähnten Personen halten es für unter ihrer Würde, auf die gegen sie gerichteten persönlichen Anwürfe zu antworten. Zur Sache selbst hält sich die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin verpflichtet, zu erklären, daß für die Bewilligung von Hauszinssteuerhypothesen ausschließlich die vom Minister für Volkswirtschaft gemeinsam mit dem Finanzminister erlassenen Richtlinien für die Verwendung des für die Neubaulängigkeit bestimmten Anteils am Hauszinssteuerertrag maßgebend sein müssen, ganz gleich, ob es sich um private Baufirmen oder um gemeinnützige Wohnungsgesellschaften handelt und ob diese Mittel unmittelbar durch eine städtische Dienststelle oder durch eine besondere Gesellschaft zur Verteilung gelangen. Daß die zu diesem Zweck unter Beteiligung des preussischen Staates gegründete Wohnungsfürsorgegesellschaft für die diesjährige Bautätigkeit bereits von außerordentlichem Vorteil gewesen ist, beweist die Tatsache, daß bis jetzt 6000 Neubauwohnungen in Groß-Berlin mit Hilfe der Hauszinssteuer errichtet werden und daß weitere 3000 Wohnungen noch für das Etatsjahr 1924 zu erwarten sind, ein Ergebnis, auf das die Wohnungsfürsorgegesellschaft mit Stolz hinweisen kann und das durch eine städtische, noch kamerallistische Grundbesitz arbeitende Dienststelle in dieser Zeit niemals erreicht worden wäre. Zum Schluß möchten wir noch darauf hinweisen, daß die Wohnungsfürsorgegesellschaft auf die Vergütung der Bauarbeiten nicht den geringsten Einfluß ausübt und nach ihrer von der Stadtratsordnerversammlung beschlossenen Satzung auch nicht selbst bauen darf. Wollte man nicht auf die von der „Noten Fahne“ aufgestellte Behauptung, die Wohnungsfürsorgegesellschaft gebe nur solchen Wohnungsbauten Zu-

schuß, die für die doppelte Friedensmiete abgegeben werden und deren Inhaber mindestens 2000 M. bares Geld einzahlen müssen. Die Finanzierung der Wohnungsbauten, für welche Hauszinssteuerhypothesen beantragt werden, bleibt den Antragstellern überlassen. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft ist nach den ministeriellen Vorschriften nicht berechtigt, bei der Förderung des Wohnungsneubaus über gewisse Summen hinauszugehen, so daß die Antragsteller darauf angewiesen sind, die Restbaukosten aus eigenen Mitteln oder durch Darlehen von dritter Seite aufzubringen.“

## Sozialdemokratischer Pressedienst.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ (ab 1. November „Sozialdemokratischer Pressedienst“) verlegt am 1. November seine Redaktion von Lindenstraße 3 nach

Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.  
Tel.: Dönhoff 4195-4198. — Telegrammadr.: Sopadienst.

### „Er wollte es ihm zeigen“.

#### Ein Jahr Gefängnis für einen Kriminalbeamten.

Durch eine vorzeitig begonnene Skandalfeier hat der auf Probe im Polizeipräsidium angestellte Kriminalbetriebsassistent Erwin Boeffner seiner Probefrist ein jähes Ende bereitet. Schwere Ausschreitungen im Amt, die er in der Trunkenheit begangen hat, führten ihn vor das große Schöffengericht Mitte, vor dem er sich wegen Körperverletzung und unrechtmäßiger Festnahme, beides im Amt begangen, zu verantworten hatte.

Der Angeklagte war nachmittags um 3 Uhr dienstfrei geworden. Eine halbe Stunde später reiste er vor einer Bekanntschaft am Alexanderplatz einen jungen Kaufmann Unger schwankenden Ganges an. Als dieser ihm zurief, er möge sich doch vorsehen, wurde er ausfallend und sagte, er werde es ihm zeigen, mit wem er es zu tun habe. Er sei Kriminalbeamter. Er suchte dann auch alle Taschen durch, bis er seine Dienstmarke fand. Darauf packte er Unger im Genick, rief ihn vor sich her und forderte ihn auf, zur Feststellung wegen Beamtenbeleidigung mit zum Polizeipräsidium zu kommen. Unger folgte willig. Unterm Weg machte der eigenartige Befangenentransport mit dem torfelnden Beamten in Zivil großes Aufsehen, es sammelten sich Menschen an und aus dem Publikum erschollen laute Rufe des Unwillens. Unger folgte jedoch dem Beamten, da er selbst den Tatbestand festgestellt wissen wollte. Ein Freund des Unger wurde von dem Angeklagten beim Polizeipräsidium zurückgewiesen. Im Gebäude selbst erhielt Unger von dem Angeklagten Faustschläge auf den Kopf und wurde in ein Dienstzimmer der Abteilung IV gebracht, obwohl Boeffner zur politischen Abteilung gehörte. Er mißhandelte dort den „Verhafteten“. Andere Beamte kamen hinzu und machten der Dienststelle Meldung von diesen skandalösen Vorgängen. Obwohl der Polizeipräsident eine Umfrage „An alle“ erließ, daß sich der Beamte, der einen gewissen Unger, von dem inzwischen auch eine Anzeige eingelaufen war, festgesetzt hätte, melden sollte, konnte der Angeklagte erst nach einiger Zeit ermittelt werden, da er sich nicht selbst meldete. Der Bericht lautete der Angeklagte alles abgestreift. Er wollte sich an die ganzen Vorgänge nicht erinnern und bestritt auch, obwohl 5 Zeugen einwandfrei seine starke Trunkenheit bekundeten, an jenem Tage überhaupt Alkohol genossen zu haben. Er will Unger festgesetzt haben, weil ein Kriminalkommissar ihn erfußt habe, Unger wegen Diebstahlsverdacht zum Präsidium zu bringen. Den Namen des Kommissars vermochte er jedoch nicht anzugeben. Er vertief sich für sein mangelndes Erinnerungvermögen und seinen taumelnden Gang auf eine angebliche Grippeerkrankung.

Das Gericht kam auf Grund der Beweisaufnahme zu der Überzeugung, daß den Aussagen des Angeklagten keinerlei Glauben zu schenken sei. Es handelte sich um eine grobe Ausschreitung eines auf Probe angestellten jungen Beamten, der vom Gefühl seiner Provisorität als Polizeibeamter geleitet worden sei und nicht etwa um einen schlechten Silvesterbescherer. Ein solches Verhalten sei geeignet, das Ansehen der Polizeiorgane und der Staatsautorität zu untergraben. Erschwerend komme in Betracht, daß der Angeklagte nicht den Mut gehabt habe, seine Tat einzugestehen. Derartige Fälle müssen exemplarisch geahndet werden, damit das alte Ansehen der preussischen Staatsbeamten wieder hergestellt und den jetzigen jungen Beamten zu Gemüte geführt werde, wie sie sich zu benehmen haben. Das Schöffengericht verurteilte Boeffner wegen Körperverletzung und unrechtmäßiger Feststellung im Amt zu einem Jahr Gefängnis unter Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf 3 Jahre. Wegen der Höhe der Strafe ließ Sondergerichtsdirektor Wachter den Angeklagten sofort in Haft nehmen.

### Der hilfsbereite Arzt.

Etwas weit hatte der Oberarzt eines Krankenhauses in Hohendorf bei Chemnitz, Dr. Born, den Begriff der ärztlichen Hilfeleistung gefasst. Dadurch wurde er in das Strafverfahren wegen des Raubes im Juliusturm, der vor einigen Jahren großes Aufsehen erregte, hineingezogen. In seinem Orte wohnten die Eltern des an dem Raube beteiligten gewesen früheren Offiziersbüchsen Karl Fröschle. Dieser hatte eine größere Menge der damals geraubten rumänischen Lei erhalten, um sie ins Ausland zu bringen. Fröschle hatte aber teils in Berlin, teils in Wien das gestohlene Geld umgewechselt und diese Werte zu seinen Eltern gebracht. Nach der Verhaftung Fröschles fand in der Wohnung der Eltern eine Hausdurchsuchung statt. Das Geld wurde jedoch nicht gefunden. Einige Zeit später entdeckten die Eltern die Riste auf dem Hängeboden in einem Versteck. Frau Fröschle bekam von Sachrath Herzkämpfer, Dr. Born wurde zu Hilfe gerufen. Ihm entdeckte man auch die Ursache der Erkrankung. Dr. Born riet, das Geld nicht auszuhändigen, sondern es für den Sohn für spätere Zeiten aufzubehalten. Er ließ sich die Riste nach seiner Wohnung bringen und schaffte sie von dort ins Krankenhaus. Nach einiger Zeit schickte er das Geld in Wertpapieren nach Leipzig und fuhr selbst im Auto dorthin, um es umzuwechseln. Das Ehepaar Fröschle hat den Betrag in Teilsummen bis auf eine kleine Restsumme später zurückbekommen. Dr. Born wurde wegen Unterschlagung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Gleich-

## Das Rundfunkprogramm.

### Sonnabend, den 1. November.

Anßer dem üblichen Tagesprogramm:  
4.30—5.15 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). Während der Pausen: „Ratschläge fürs Haus“. 6.20 Uhr abends: Vortrag des Herrn Oberingenieur Nairz: „Die Funkrichtung des Amerika-Zepplins“. 6.45 Uhr abends: Vortrag: Prof. Oskar Bischoff über: „Die Oper im Sonderspiel“. 7.30 Uhr abends: Sonderspielbühne. Leitung: Cornelius Bronsgeest. 1. Veranstaltung: Figaros Hochzeit. Oper in drei Akten von W. A. Mozart. (Für den Rundfunk umgearbeitet). Dirigent: Generalmusikdirektor Erich Kleiber. Personenverzeichnis: Graf: Cornelius Bronsgeest; Gräfin: Emmy Hottendorff; Susanne: Irene Eden; Figaro: Leo Schützendorff; Cherubin: Elfriede Marherr-Wagner; Marcelline: Ida v. Scheele; Bartolo: Hermann Bachmann; Basilio: Waldemar Henke; Don Curzio: Robert Philipp; Antonio: Rudolf Kraus; Bärbehen: Charlotte Lindemann. Chor und Orchester der Staatsoper. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst. 10.30—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

zeitig hatte das Gericht auch eine Begünstigung der Straftaten des Fröschle angenommen und hierfür auf 500 Mark Geldstrafe erkannt. Während der erste Teil des Urteils rechtskräftig gültig wurde neuer Feststellungen aufgehoben. Nach eingemordet war, hatte das Reichsgericht das Urteil wegen der Begünstigung der Straftaten an die Berufungskammer des Landgerichts III wiederum zu der Überzeugung von der Schuld des Angeklagten. Das Gericht gemahnte die Überzeugung, daß der Angeklagte helfend eingegriffen und sich somit der Begünstigung schuldig gemacht habe. Das erste Urteil sei außerordentlich milde gewesen und entspreche keineswegs dem Grad der Verschuldung. Das Gericht sei leider jedoch an das Strafmaß des Obergerichts gebunden, so daß es wiederum nur auf 500 M. Geldstrafe erkennen konnte.

## Wahlgeldsammelei der Deutschnationalen.

### Die richtige Antwort!

Zu den bevorstehenden Reichstagswahlen brauchen alle Parteien begrifflicherweise viel Geld. Wie die Deutschnationalen ihre Geldsammelei betreiben, lehrt ein Fall, der uns aus Berlin-Südost gemeldet wird. In der Reichenberger Straße wohnt bei einem Hinterhausbesitzer ein fremder Mann, und der öfters Hausfrau trägt er folgende Bitte vor: „Herr Rektor Schulz schickt mich. Jetzt kommen doch die neuen Wahlen, da möchten Sie einen Beitrag für den deutschnationalen Wahlfonds beisteuern.“ Die Frau wehrt ab: „Rein, nein! Wie kann man für die Partei etwas geben! Das sind doch unsere Feinde!“ „Rein, das sind doch“, sagt der Fremde, „nicht unsere Feinde! Aber die Sozialdemokraten — was haben die uns in den fünf Jahren nach dem Kriege gebracht?“ Schloßfertig erwidert die Frau: „Wer hat uns in den Krieg hineingeritten? Die heutigen Deutschnationalen mit Wilhelm an der Spitze!“ Da geht dem Geldsammler ein Licht auf und er konzentriert sich rückwärts, indem er vorlegen sammelt: „Entschuldigen Sie, entschuldigen Sie! Ich dachte, Sie wären deutschnational.“

Wir vermuten, daß dieser im Auftrage eines Deutschnationalen Rektors kommende Herr in derselben Weise die Arbeiterwohnungen eine nach der anderen abklopft. Also: Vorsicht! Taschen zu! Hoffentlich erhöht er überall eine so wirksame Waffe, wie in dem geschilderten Fall. Der Gehmann der schlaf fertigen Frau teilt uns das oben wiedergegebene Gespräch mit und äußert sich in kräftigen Worten über die so bei Arbeitern betriebene Wahlgeldsammelei der Deutschnationalen. Der dreiste Versuch des deutschnationalen Sammlers hat bei ihm eine aufrüttelnde Wirkung gehabt. Seinen Brief an uns schließt er damit, daß er — den „Vorwärts“ bestellt. So war's richtig!

## Kundgebung der deutschen Versicherungsträger.

Der Verband der Berliner Krankenkassen veranstaltete am Freitagnachmittag im Stadtratsordnungsamt des Berliner Rathauses eine Kundgebung, die zu den unerhörten Angriffen der Berliner Herzogkammer gegen die deutsche Sozialversicherung Stellung nahm. Es waren wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung von allen einschlägigen Ministerien Vertreter erschienen.

Der erste Redner war der Reichstagsabgeordnete Dr. Rosen. Er erinnerte an den Genius loci dieses Saales Rudolf Virchow, der im Jahre 1848 die denkwürdigen Worte sprach, daß der Arzt der natürliche Anwalt der Armen sei und sollte demgegenüber das Verhalten der Herzogkammer, deren einziges Interesse vom Geldbeutel diktiert sei. Er berichtete von Richtigkeiten, die der Leipziger Verband zur Durchführung von Herzogkassen erlassen hatte und nach denen die Behandlung in der Sprachstunde, die Auslieferung von Befehlen, ja sogar die Hilfeleistung bei Entbindungen abzuweisen sei. Er erinnerte an den Ausspruch des Führers der ärztlichen Polnarkassen Dr. Billawski, der erklärte, die gesamte deutsche Herzogkassen müsse zur Wahrung ihrer beruflichen Freiheit der Sozialversicherung ihre Dienste verweigern, und wir müssen zur Verteidigung unseres Zieles den Krankenkassen die Hand an die Gurgel legen. Er schilderte die Behandlung der Krankenpatienten in Sprachstuden, die in so baulichsten Räumen sich befänden, daß sie hauptsächlich geschlossen werden müßten, und sollte demgegenüber die nach allen modernen hygienischen Gesichtspunkten eingerichteten Krankenkassenambulatorien, in denen die Krankenpatienten wie Privatpatienten behandelt werden und nicht wie bei den Kassenämtern nur zur Füllung ihres Geldbeutels dienen. Er führte aus, daß die Herzogkassen zur Einführung der Familienbehandlung 15 Goldmark pro Kopf und Jahr verlangt habe, während die Krankenkasse die gleiche Leistung für kaum 3,50 M. zu leisten bringe. Er stellte weiter fest, daß mit der Errichtung von Kassenambulatorien eine neue Ära in der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung begonnen habe. Die Krankenkassen werden aber auch dazu übergehen, die Ambulatorien für Fürsorgestellen auszubauen, die Hand in Hand mit den städtischen und staatlichen Einrichtungen arbeiten werden. In den Ambulatorien würden die Kassenmitglieder nicht wie in vielen Volkshäusern bekannter Kassenämtern als Demonstrationsobjekte für gut zahlende ausländische Ärzte verwendet werden. Für die Professoren, die auf der Herzogkassenversammlung die Wahrung der Berufsfreiheit, Standesehre usw. eintraten und die zum großen Teil nicht einmal den Unterschied zwischen Kranken- und Invalidenversicherung kennen, gebrauchte er das Zitat von W. A. Hartmann: 150 Professoren, Vaterland, du bist verloren. Zum Schluß erwähnte Dr. Rosen eine ganz besondere „Aberkennung“ der Krankenkassen, daß sie nämlich Bodenstellen und Kinderheime eingerichtet hätten, aber trotzdem hoffe er, daß gegen den handbestreuten Verzeirer der gesunde Menschenverstand auch bei der Herzogkassen durchdringen werde, und daß sie in kurzer Zeit nicht nur wie bisher gegen, sondern mit den Krankenkassen für das Wohl der Versicherten sorgen werden. Als zweiter Redner sprach Direktor Helmut Lehmann vom Hauptverband der deutschen Krankenkassen. Er stellte die Beitragskassen von 1916 und 1924 gegenüber gab einen kurzen Überblick über die vermindernden Einnahmen der Krankenkassen durch den gewaltigen Lohnabbau und durch die allgemeine Verarmung der deutschen Wirtschaft. Nicht die Krankenkassen sind an der Überfüllung des ärztlichen Berufs schuld, sondern die Veränderung der gesamten Wirtschaftslage. 1913 kamen auf 3400 Einwohner ein Arzt, 1923 auf 1400 Einwohner. Die Ausgaben der Krankenkassen für den Versicherten sind von 5,30 M. auf den Kopf des Versicherten im Jahr 1913 auf 13 M. im Jahre 1924 gestiegen. Trotz dieser erhöhten pekuniären Leistung an die Ärzte können die Krankenkassen denselben nicht eine materielle Sicherung bieten da die Ärzte das elementarste wirtschaftliche Gebot, eine Regelung: n Angebot und Nachfrage bewußt sabotieren. Die Krankenkassen hätten aber in erster Linie soziale Aufgaben zu erfüllen, und sie müßten deshalb fordern, daß sie nicht wie die Ärzte wünschen, unter ärztliche Vormundschaft geraten, sondern daß sie frei, entsprechend den Anforderungen der Zeit ihre soziale Mission erfüllen können. Der dritte Redner, Direktor Heinemann vom Betriebskrankenkassenverband schloß sich ebenfalls diesen Forderungen an und erklärte, daß die Krankenkassen nicht Versorgungsanstalten für schlecht beschaffte Ärzte sein können. Es sprachen dann noch vom VDB Hermann Müller, der erklärte, daß die Ärzte durch ihr Verhalten hilflosen Kranken gegenüber den Ehrennamen „Gewerkschaft“, den sie so stolz zu führen beliebten, für alle Zeit verächtlich hätten. Buchdruckereibesitzer Schölem und der Syndikus der Vereinigung der Berufsgenossenschaften Dr. Boywitt, sowie das Mitglied des Staatsrates, Stadtratsordner Reimann, schlossen sich den Ausführungen ihrer Redner an und erklärten, daß nur durch den Ausbau der Ambulatorien und einen endlichen Frieden mit der Herzogkassen die deutsche Sozialversicherung ihrer Bestimmung zu Wohle des Volksgenossen voll und ganz genügen könne. Es wurde dann noch eine Resolution gefaßt, die wir an anderer Stelle bringen werden.











## Der 7. Dezember und die Sozialpolitik.

### Achtstundentag oder Zehnstundentag?

Der 7. Dezember ist ein Schicksalstag für die deutsche Sozialpolitik!

Fällt die Wahl am 7. Dezember so aus, daß der Bürgerblock möglich ist, das heißt, daß im Reichstage und in der Regierung die Deutschnationalen mit Hilfe der Nachbarparteien herrschen, so bedeutet das weitgehendsten Abbau aller Sozialpolitik und Aufbürdung aller Reparationslasten auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung. Die Deutschnationalen haben darüber nie einen Zweifel gelassen. Hergt und seine Freunde verlangen ja ausdrücklich ihre Aufnahme in die Regierung, um die Aus- und Durchführung der Dawes-Gesetze und die Erfüllung der Reparationspflichten nach ihrem Sinne gestalten oder sabotieren und mit den „Novemberverbrechern“ abrechnen zu können.

Bei einem Abbau des Achtstundentages im Sinne der Arbeitszeitverordnungen würde es unter der Bürgerblockherrschaft keineswegs bleiben. Zurück zum Zehnstundentag! Ist das Feldgeschrei des Unternehmertums sowieso. Der Unternehmer will von seinem erbeuteten Mehrwert nichts einbüßen, also muß der Arbeiter zwei Stunden länger schuften, um auch die Reparationslasten mit zu erarbeiten. Die Gefahr ist um so größer, nachdem sich selbst namhafte Sozialpolitiker wie Professor Brenfano und Ludwig Henke nur noch platonisch zum Achtstundentag bekennen. Ihre Reden im Verein für Sozialpolitik und auf der Tagung des Reichsarbeitsgeberverbandes deutscher Gemeinden beweisen das. Sie betrachten den Achtstundentag nicht mehr als Kultur-, sondern vom Manchesterstandpunkt aus: „Bringt er dem Betriebe mehr Nutzen als die längere Arbeitszeit?“ Im Kampfe um den Zehnstundentag, den die Industriellen gegen die Gewerkschaften nicht erreichen, ist ihnen natürlich ein Bürgerblockreichtag höchst willkommen.

Am 7. Dezember fällt die Entscheidung über die Zukunft der deutschen Sozialpolitik. Arbeiter! Gewerkschaftler! Wählt sozialdemokratisch!

## Aufwertung als Stimmenlöcher.

### Deutschnationale Wahlmanie an der Börse.

Von einem ständigen Börsenbesucher wird uns geschrieben: Der Börsenrestaurant hat sehr gute Tage. Selten war das Restaurant so überfüllt wie gegenwärtig, denn den mißgestimmten „armen“ Börsenleuten bleibt bei der augenblicklichen „Flaute“, wo die Courtagen und Provisionen nicht mehr so reichlich fließen, wie man es gewohnt ist, nur das Börsenrestaurant übrig. Mit guten Braten, delikaten Ragouten und kräftigem Münchener bemüht man sich, seinen Gram hinterherzuspülen.

Auf unbestimmte Zeit hinaus ist die ganze Aufwertungsfrage vertagt, wie denn der ganze Komplex der an die dritte Notenverordnung anknüpfenden Fragen auf ein toltes Gleis geschoben worden ist. Das Schlimmste für die Börsenleute ober besteht darin, daß der Aufwertungsausschuß seit der Auflösung des Reichstages ebenso wie die übrigen Ausschüsse keine Tätigkeit entfaltet hat und daß damit auch die einträgliche Geschäftemacherei, die die Unwissenden und Leichtgläubigen aus dem Publikum immer wieder heranzieht, ihr Ende erreicht hat. Es hat wenig Zweck und noch weniger Erfolg, wenn die Börserler jetzt durch die ihnen ergebenden Organe behaupten wollten, die Regierung habe ihren Standpunkt zur Aufwertung geändert. Damit lockt man keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor; jedermann weiß, daß die Aufwertungsangelegenheit erst wieder zur Sprache kommen kann, wenn der neue Reichstag zusammengetreten ist und die Ausschüsse sich neu konstituiert haben. So leicht wie noch vor kurzem verdient man das Geld in der Burgstraße jetzt nicht, denn die oft erprobte Möglichkeit, die Kurse der Renten hinaufzutreiben, dann „auszustiegen“ und den außenstehenden Kreisen das Raschsehen zu überlassen, besteht zunächst nicht mehr.

Daß das Börsenvolk höchst verstimmt darüber ist, weil es die schönen Verdienstmöglichkeiten eingebüßt hat, liegt auf der Hand. Wer den Börserlern, die am Ansehemarkt engagiert sind — und es ist die größte Zahl von ihnen — die Aufwertung verspricht, der hat sie in der Tasche, denn Aufwertung bedeutet für sie Bewegung am Rentenmarkt, Kursstürze und mühselige Gewinne großen Stils. Gewinne, wie sie der September brachte, wo mancher Börsermann mit „gutem Riecher“ in wenigen Stunden durch die riesigen Schwankungen in heimischen Anleihen seine 10 000 bis 15 000 M. einheimen konnte. Jetzt ist es damit, wie man zu sagen pflegt, „Eisig“.

Die flauere Stimmung der Börsenleute machen sich nun, wie es scheint, gewisse Kreise in parteipolitischem Sinne zunutze und es droht, daß die Aufwertungsfrage in einer sehr ungeschicklichen Weise in den Wahlkampf hineingezogen wird. Es tauchen seit kurzem an der Börse Geschlechter von Neulingen auf, die zwar scheinbar ihre Legitimationen und auch ihre Börseneinstellungen in der Tasche haben, sich aber für den Wertpapierhandel weit weniger interessieren als für die Politik. Bei dem Thema Reichstagswahlen wird sehr schnell das Gespräch zur Aufwertung der Anleihen hinübergeleitet. Wenn man diesen geschäftigen Leuten glauben könnte, so würden die Börsenleute — wählen sie deutschnational — goldene Berge gewinnen. Wie die deutschnationalen Kreise, die es scheinbar fertig bringen, durch Hinterzücken ihre Agenten zur Börse zu schicken, sich das Geld beschaffen wollen, um den Spekulanten große Aufwertungsgewinne zuzuschütten, wissen sie wohl selbst nicht. Allen Anschein nach handelt es sich um einen sehr plumpen Stimmenfang, bei dem der Profitgier der Börsenleute ausgenutzt wird und die Aufwertung als Köder dient.

Den geschäftigen Agenten, die jetzt in der Burgstraße deutschnationale Wahlpropaganda treiben, bzw. deren Hintermännern sagt ja naturgemäß am Stimmenfang der 3000 oder 4000 Börsermänner nicht gar zu viel. Man weiß aber ansehnend, daß viele von ihnen eine zahlreiche, oft nach Hunderten zählende Gefolgschaft in ihren Geschäftskreisen haben und erwarten wohl, daß sie die Propaganda zugunsten derjenigen, die ihnen jetzt die Aufwertung versprechen (ohne ihr Versprechen doch niemals einlösen zu können) fortführen werden. Ein so ernstes Problem wie es die Aufwertungsfrage ist, darf aber unter keinen Umständen zum Gegenstand einer billigen Wahlagitatio gemacht werden.

Der Unmut des Verfassers obiger Zuschrift über die demagogische Art, mit der die Aufwertungsfrage betrieben wird, ist nur allzu berechtigt. Interessant ist es immerhin, zu

weichen Mitteln die Deutschnationalen in ihrer Verzweiflung greifen, um Stimmen zu fangen. Die sonst so sehr auf ihre „nationale Arbeit“ stolz sein wollen, gehen jetzt zu den Rognisierern des Geldhandels, sie degradieren sich zu Dienern der Spekulation. Das ist nicht etwa erst in den letzten Tagen der Fall. Schon im Reichstagsauschuß und im Stadtparlament war die Tätigkeit der deutschnationalen Vertreter dahin gerichtet, unter Nichtachtung der schweren Notlage aller durch die Inflation geschädigten Kleinrentner eine allgemeine Aufwertung durchzuführen, die der Rentenspekulation ihre durch Kursstreberei erzielten Gewinne sicherzustellen.

Die Sozialdemokratie hingegen kämpft für eine soziale Aufwertung. Erst Hilfe den Armen und Schwachen, dann Ermäßigung des Steuerdruckes auf Arbeit

## Dr. Winkler

der vorläufige Hergt-Erbe und Gesundheits der Deutschnationalen Volkspartei.



Dies Kind, kein Engel ist so rein,  
hilft uns aus allen Nöten;  
Es sagt nicht ja, es sagt nicht nein,  
Es wird nur feilzig beten.

Und schrumpft auch, wenn man nächstens wählt,  
Die Anzahl unsrer Sitze;  
Die Null, die etwa hinten steht,  
Die steht dann an der Spitze!

O. K.

und Verbrauch — das ist ihr Programm. Ein Volk, das den Krieg verlor und ungeheure Schulden eingehen mußte, um sich vor Gewalttaten der Sieger zu schützen, kann es sich nicht leisten, einer gewinnigeren Spekulation gesetzliche Prämien auszugeben. Das zu verlangen überläßt sie mit gutem Gewissen der Partei der Bankrotteure, die jetzt mit einem neuen Aufwertungschwindeln bei den Börsern Stimmung für ihre „nationale“ Haltung und für — ihre Parteilasse macht!

## „Die alten Zeiten, für die sie streiten!“

Schnellebig und gedächtnisschwach ist die heutige Zeit — da ist es von Wert, wenn einmal in die entscheidenden Zeiten des Wahlkampfes ein kleines Bliklicht fällt aus der „guten, alten Zeit, in der alles so gut und so schön war“, aus jener Zeit, für deren Wiederkehr die nationalistischen Kreise und ihre verbündete Erfolgsschicht mit so großem Aufwand von Energie und innerer Verlogenheit streiten.

Nicht der Inhalt, wohl aber der Schluß der Veröffentlichung einer Bekanntmachung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und des Präsidenten der dortigen Landwirtschaftskammer durch den Landrat des Kreises Salzwehel in der „Salzwehel-Gardelegers-Zeitung“ vom 16. November 1918 verdient der Vergessenheit entrissen zu werden, denn sie lautet:

Magdeburg, Halle a. S., den 11. November 1918.

Der Oberpräsident, gez. von \*der Schulenburg.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer,

gez. Graf von der Schulenburg.

Bekanntlich Salzwehel, den 21. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisauschusses,

von der Schulenburg, Landrat.

Der Vertreter des Herrn Landrats aber, der Herr Kreisdeputierte, zeichnete ebenfalls, wie nicht anders zu erwarten:

A. B. Graf von der Schulenburg, Kreisdeputierter.

Es bedarf keines Kommentars, es ist ja so begreiflich, wenn die „Fleischhüpfen Ägyptens“ zurück kehren, wenn sie kämpfen mit allen, allen Mitteln, denn keines ist ihnen so schlecht, wenn sie Ueberzeugungen und Stimmen verkaufen, um Ministerstellen zu erlangen, wenn sie vor keiner Selbstentwürdigung, vor keiner Ver-

leumdung zurückschrecken, für das Ziel, das winkt, ist ihnen kein Preis zu hoch!

Der Wahltag am 7. Dezember legt die Entscheidung in die Hand des Volkes! Die Entscheidung muß lauten: Endgültig fort mit der Weltverwirrung, angefangen bei Wilhelm vom Doorn bis herunter zu den Schulenburgs!

## Bauern gegen Schutzzölle.

### Die Gefahren hoher Getreidepreise für die Landwirtschaft

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Schutzzölle, auf die der Ernährungsminister Ranft bereits hingearbeitet hat, nicht der gesamten Landwirtschaft, sondern nur den Großgrundbesitzern zugute kommt. Die deutschnationalen Großgrundbesitzer sind es, die sich seit jeher für den Brotmacher eingesetzt haben, und die ihn ohne Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit sicher durchsetzen würden, wenn ihnen die bevorstehenden Reichstagswahlen Erfolge bringen würden. Erstreulicherweise erkennen die Kleinbauern bereits die großen Gefahren der Schutzzölle. Eine Reihe von Kundgebungen beweist das.

So fand am 12. Oktober in Aulum (Kreis Bersenbrück) eine stark besuchte Versammlung der Pächter und Kleinbauern statt, auf welcher Reichstagsabgeordneter Genosse Georg Schmidt über „Landbesitzverteilung und Republik“ sprach. Außerdem hielt der Geschäftsführer des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe Lübbe-Berlin ein Referat über „Tagesfragen der Pächter und Kleinbauernbewegung“ sowie Genosse Helling-Danobrück über das Thema: „Was soll aus den Heuerleuten werden?“ Am Schluß der Versammlung wurde mit allen gegen zwei Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„Die am 12. Oktober in Aulum in der Zahl von 500 versammelten, im Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe organisierten Heuerleute, Pächter und Kleinbauern des Kreises Bersenbrück stehen geschlossen hinter der Republik und der Verfassung von Weimar. Sie lehnen die Zollvorlage der Reichsregierung ab, weil diese die im Interesse der Erzeuger und Verbraucher notwendige Stabilisierung der Getreidepreise nicht gewährleistet, auf der anderen Seite aber den deutschen Boden der Spekulation ausliefert. Sie fordern Vereinheitlichung und Vereinfachung der landwirtschaftlichen Steuererhebung. An Stelle der Vermögens-, Einkommen- und Umsatzsteuer hat eine Grundwertsteuer zu treten, welche Groß- und Kleinbetrieb unter Berücksichtigung von Bodenqualität und Verkehrslage gleichmäßig belastet. Die Durchführung ist als Grundlage der Besteuerung in der Landwirtschaft ein für allemal abzulehnen.

Siedlungs- und Pachtgesetzgebung müssen weiter ausgebaut werden mit dem Ziel, den Artikel 133 der Reichsverfassung in die Tat umzusetzen, den Ueberschuß der Landbevölkerung nicht in die Großstädte zu treiben, sondern ihn der deutschen Landwirtschaft zu erhalten. Infolge des starken Bevölkerungszuwachses und der damit zusammenhängenden Wohnungsnot ist die Pachtordnung für den Stand der Heuerleute eine Lebensnotwendigkeit geworden.

Die Heuerleute des Kreises Bersenbrück verfordern daher von Reichstag und Regierung ein Pachtrecht, welches sie gegen Entziehung des Landes und wirtschaftlich ungerechtfertigte Leistungen schützt. Sie verlangen als Bodenarbeiter Schutz ihrer nationalen Arbeit gegenüber den Grund- und Kleinrentnern, welche teilweise von arbeitslosen Rentnern kommen leben, ohne dem Volksganzen zu dienen.“

Auch die demokratische Bauernschaft Oldenburgs wandte sich in einer stark besuchten Versammlung gegen die ungeheure Verteuerung des Getreides, die in den letzten Monaten eingetreten ist. In einer Entschließung, die dort zur Annahme gelangt ist, heißt es u. a.

„Wenn nun, auch mit Annahme des Dawes-Planes, der den einzigen Weg zur Beruhigung und zum Wiederaufstieg bot, eine merkbare Erleichterung eintretet, auch die Preise der zu kaufenden und zu verkaufenden Produkte sich mehr und mehr einander angleichen, so bleibt doch für alle kleinen und mittleren Betriebe Oldenburgs-Ostfrieslands — wie in ganz Deutschland — neben hohen Abgaben und Steuern die große Gefahr hoher Getreide- und Futtermittelpreise, sowie der Preise für alle landwirtschaftlichen Bedarfsartikel für die Zukunft bestehen. Die weitaus überwiegende Zahl aller landwirtschaftlichen Betriebe ist nur existenzfähig, wenn Getreide und Futtermittel nicht künstlich durch Zölle verteuert, die Erzeugung von Milchprodukten dadurch unrentabel gemacht wird. Aus Milch, Butter, Eiern, Fleisch und anderen tierischen Produkten muß der kleine und mittlere Landwirt seinen Ertrag erzielen. Hohe Getreide- und Futtermittelpreise nähern hauptsächlich und in sich steigendem Maße dem großen und kleinen, auf Veredelung angewiesenen und dafür besonders tauglichen Grundbesitz, hindern die Siedlung, vermehren den Großbesitz, vermindern die kleinen bäuerlichen Betriebe.“

Die Tatsache, daß die Bauernschaft selbst die vorhererenden Folgen hoher Getreidepreise für ihren Berufsstand erkennt, beweist schlagend, daß der Kampf gegen die Schutzzölle, wie wir ihn führen, keineswegs ein Kampf gegen die Landwirtschaft ist, aber er ist ein Kampf gegen die Sonderinteressen jener Junkerkaste, die die Arbeiterklasse politisch, sozial und wirtschaftlich schwächen will, ihr unbefristete Arbeitszeit und unerträgliche Brotpreise zumutet, um ihre wirtschaftliche Macht zum Kampfe für die Wiederaufrichtung des preussischen Junkerprivilegs auszunutzen. Bekanntlich hat auch der größte Teil der volkswirtschaftlichen Fachgelehrten eine künstliche Verteuerung der Lebenshaltung durch Zölle abgelehnt. Die Arbeiterklasse hat also die Wissenschaft auf ihrer Seite, wenn sie gegen das verfehlte System der Getreidezölle antämpft und die Sonderinteressen der Großgrundbesitzer bei der Stimmabgabe am 7. Dezember gebührend zurückweist, indem sie für die Sozialdemokratie stimmt.

## Die Hakenkreuzler als — Arbeiterpartei.

### In Böhmen wie in Deutschland.

Zwischen den Deutschnationalen in der Tschechoslowakei — sie nennen sich Deutsche Nationalpartei — und den deutschböhmischen Hakenkreuzlern besteht seit einiger Zeit ein arger Schimpfkampf. Um den Hakenkreuzlern einen Dämpfer aufzusetzen, hat der Führer der Deutschnationalen, Hg. Bodemann, der Presse folgende Mitteilung zur Veröffentlichung übergeben:

„Der Vorsitzende berichtete über seine Verhandlungen mit der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei wegen Deckung der aus der Zeit der Wahlen aufgelaufenen Walschulden. Danach setzten beide Parteien einen unparteiischen Schiedsrichter ein, welcher darüber zu entscheiden haben wird, welche Ausgaben als gemeinsame Posten zu betrachten sind oder nicht. Je nach dem Schiedsspruch werden die betreffenden Beträge von der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei anerkannt und der Deutschen Nationalpartei ersetzt werden.“

Damit liegt klar zutage, daß den Hakenkreuzlern ihr Wahlkampf gegen die Sozialdemokraten von der Deutschnationalen Fabrikantenpartei bezahlt worden ist.



# Zur Krise der deutschen Automobilindustrie.

Ursachen der Notlage — Ausgleich durch Schutzoll?

Die deutsche Automobilindustrie befindet sich zurzeit in einer nicht leichten Notlage. Der Absatz im Innern ist arg ins Stocken geraten und das so wichtige Ausfuhrgeschäft, das einst vier Zehntel der Gesamtproduktion ausmachte, ist seit 1920, wo der Ausfuhrüberschuß 432 371 Doppelzentner betrug, stetig und sehr weit in die Tiefe gegangen. Die Krise drückt sich aus in Betriebseinschränkung und durch eine hohe Zahl von Arbeitslosen und Kurzarbeitern. Diesen Zustand, gewiß beklagenswert und der Abhilfe dringend bedürftig, suchen die Fabrikanten zur Erlangung von geschäftlichen Vorteilen zu nutzen.

Unser Kraftwagengewerbe ist seit dem Kriege durch Einfuhrsperre geschützt, die nur durch die friedensvertragliche Einfuhrfreiheit der effizienten Erzeugnisse und durch gelegentliche Genußgüter oder Willfür einer deutschen Behörde etwas abgeschwächt wurde. Obwohl die ausländischen Wagen vom deutschen Markt fast ganz ferngehalten wurden, ist der Rückgang des Absatzes der deutschen Erzeugnisse im Innern nicht aufgehalten worden. Die Zwecklosigkeit, um nicht zu sagen, die Schädlichkeit der Sperre, hat das Verlangen nach ihrer Aufhebung mehrfach stellen heißen. Unter den Krisenursachen wurde als das Hauptübel der hohe Preis der deutschen Wagen ziemlich einseitig genannt. Das ist nicht unrichtig. Der hohe Preis verhindert, daß das Automobil in Deutschland Absatz in Masse findet und macht einen erfolgreichen Wettbewerb auf dem Weltmarkt fast unmöglich, weil hier der billigere ausländische Wagen eine starke Stellung hat.

## Zollsperrung für billige Wagen?

So einheitlich die Meinung über die Hauptursache der Krise, so weit geht sie auseinander, wenn die Mittel der Abhilfe zur Sprache kommen. Die Fabrikanten, die gegen die Aufhebung der Einfuhrsperre sind, klagen über viel zu hohe steuerliche Belastung, über zu teure Rohstoffe und schließlich und besonders über die hohen Löhne und die „Ueberspannung des Tarifgedankens“, das heißt über die lohnvertragliche Bindung, den Arbeitern einen bestimmten Mindestlohn zahlen zu müssen. Für alle die Nachteile, die die deutsche Industrie der ausländischen gegenüber habe, müsse ein geziemender Ausgleich durch Schutzoll geschaffen werden.

An der Zollforderung der Fabrikanten hat die Bescheidenheit keinen Teil. Sie begehren einen Zoll von 15,3 bis 20,2 v. H. des Wagenpreises; je billiger der ausländische Wagen, desto schwerer soll er belastet werden. Dies sei an ein paar Beispielen klar gemacht. Für jeden der vier (billigen) Ford-Wagen, die von 1765 bis 3250 M. kosten, wird ein Zollzuschlag von 3200 M. oder von 98,5 bis 181,3 v. H. verlangt, für den teuren englischen Rolls-Royce-Wagen aber, der ab Fabrik 45 780 M. kostet, der also nur in geringer Zahl in Frage kommt, „bloß“ ein Zuschlag von 7000 M. oder 15,3 v. H. Diese Regel läßt sich durch Dutzende von Beispielen erhellen.

Der Zweck dieser Uebung ist klar. Durch den Zollzuschlag von 3200 bis 7000 M. werden die ausländischen Wagen vom deutschen Markt nachgerade ferngehalten, und der deutsche Käufer muß wohl oder übel den Preis der deutschen Industrie zahlen, der um den Zuschlag hinaufgesetzt und auf dieser Höhe gehalten werden wird. Und da die leichten und wohlfeilen Wagen in Deutschland am ehesten Aussicht haben, in Masse abgesetzt zu werden, weil sie der Kaufkraft wie dem Erfordernis zahlreicher Schichten des Mittelstandes entsprechen, sollen diese mit den verhältnismäßig höchsten Zollschlägen belegt werden. Der Wagen, der beispielsweise für 1765 M. zu haben ist, käme dann, wenn die Forderungen der Fabrikanten Befolgung finden würden, auf 4950 M. zu stehen. Die Wirkung dieser Verteuerung läßt sich leicht ermessen. Hunderttausende von Deutschen müßten darauf verzichten, sich ein neuzeitliches Verkehrsmittel anzuschaffen, die Automobilisierung Deutschlands würde nachdrücklich gedrosselt, die Entfaltung des Personen- und Kauterverkehrs hinterhalten zum Schaden aller, einschließlich der deutschen Automobilindustrie, das heißt aller Kreise, die mit ihr als Broterwerber und als Verbraucher verbunden sind. Und selbst die Fabrikanten werden schließlich zu den Leidtragenden gehören.

Dieser Ansicht sind übrigens auch die Automobilhändler. In ihrer Denkschrift vom 17. August zerstückeln sie die Gründe der Industrielien für hohe Schutzzölle. Die deutschen Automobilfabrikanten, so heißt es darin, seien dank der durch die Einfuhrsperre hochgehaltenen Anlanspreise in der Lage gewesen, an das Ausland um 40 Proz. billiger zu liefern. Deutsche Händler hätten im (befestigten) Rheinland-Westfalen neue deutsche Wagen aus Holland billiger, beschafft als direkt von der deutschen Fabrik. Diese Feststellung von sachkundiger Seite bestätigt einmal mehr die

alte Erfahrung, daß der Schutzoll in der Praxis darauf hinausläuft, dem Auslande billiger zu liefern auf Kosten der heimischen Kundenschaft. Womit indessen nur erst eine dünne Seite der Schädlichkeit des Schutzolles genannt ist. Würde er den Automobilfabrikanten bewilligt, so würde zum ersten verhindert, daß der letzten Ursache der Notlage der Industrie mit der gebotenen Schnelligkeit und Gründlichkeit zu Leibe gegangen wird, zum andern hätten die deutschen Verbraucher die Kosten des kommenden Wettbewerbs mit dem technisch überlegenen Auslande zu zahlen, eine Ungeheuerlichkeit, an die noch nicht einmal gedacht werden sollte, und eine Unmöglichkeit, weil bei unserem Finanzstand solche Opfer einfach nicht gebracht werden können.

## Mittel und Wege der Abhilfe.

Es gibt keinen Industriestaat, wo das Automobil so selten ist wie in Deutschland. In den Vereinigten Staaten kommt auf 7 Personen ein Kraftwagen, in England auf 70, in Belgien auf 130, in der Schweiz auf 168, in Deutschland aber nur erst auf 400. Um in Deutschland die Autodichtigkeit, sagen wir, nur die Englands zu erreichen, sind 800 000 bis 1 Million Wagen nötig, eine Menge, die eine Industrie auf Jahre hinaus voll beschäftigen kann. In unseren Mittelschichten ist das Verlangen nach Kraftwagen sehr stark, sie konnten und können es nicht erfüllen, weil die Preise der deutschen Wagen für sie zu hoch sind und die ihnen zuzugenden ausländischen Fabrikate hält die Einfuhrsperre fern. Somit ist der deutsche Markt ein prächtiges Absatzgebiet, das noch viel verbessert werden kann durch Erzeugung von wohlfeilen und leicht zu handhabenden Wagen, und schließlich und besonders durch Förderung der Kaufkraft der Masse. Hierin können die Vereinigten Staaten als Vorbild dienen, wo wohlfeile Kleinautos auf den Markt gebracht werden und deren Industrielien den heimischen Markt als das erspriechlichste Absatzgebiet betrachten und es durch Steigerung der Massenkraft pflegen. Der Erfolg hat nun freilich die Aufbesserung der Löhne sowie die Herabsetzung der Preise zur Voraussetzung. Mit beiden hapert es aber in Deutschland gewaltig.

Die Preisverminderung muß — soll man das noch sagen? — vor allem durch Verbesserung der Produktivität, durch Rationalisierung des technischen Apparates und der Arbeitsweisen sowie durch Verminderung der Typen und Vereinfachung der Teile verwirklicht werden. Das wir darin beträchtlich zurück sind, lehrt ein Vergleich unseres Produktionsstandes mit dem amerikanischen, als eine Betrachtung der fabelhaften Vielfältigkeit unserer Typen und Teile, übrigens auch die Zahl der Kleinbetriebe. Nach einer Erhebung, die der Deutsche Metallarbeiterverband kürzlich vorgenommen hat, birgt die deutsche Automobilindustrie unter ihren 157 Betrieben noch 55 oder 35,3 v. H., die sich mit 5 bis 50 Leuten im Auto-bau üben. Wie deren technische Ausrüstung beschaffen sein muß, läßt sich leicht denken. Nun wird allerdings bald von hier, bald von dort berichtet, die Umstellung sei in vollem Gange, es wird dabei jedoch meist nicht gesagt, ob sie nur den Uebergang von einem Fabrikat zu einem anderen oder den Uebergang von der altmodischen Produktionsweise zur neuesten betrifft. Für die vorhin erwähnte Erhebung wurde von vielen Betrieben berichtet, daß in ihnen jede Voraussetzung einer wirtschaftlichen Erzeugung fehlt. Die Fabrikanten zeigten wenig, nein, gar kein Verständnis für die Vorschläge, welche die Betriebsräte zwecks Steigerung der Produktivität machten. Die Normung der Räder für Postkraftwagen konnte noch nicht einmal durchgeführt werden, obwohl die Stahlgießereien eine Preisermäßigung von 50 Hundertteilen in Aussicht stellten. Womit nur bestätigt wird, was die Berichte aus den Fabriken besagen, nämlich, daß nur wenig ernsthafteste Umstellungsversuche begonnen worden sind und daß sie der Mangel des Griffes und des Weitblickes ermangeln. Selbst in den Betrieben, wo man glaubt in Sachen der Umstellung den Gipfel des Möglichen unternommen zu haben, wird man, wie uns unsere Kenntnis der amerikanischen Industrie befürchten läßt, bald inne werden, daß man in dieser schnelllaufenden Zeit doch nur wie ein ängstlicher Krämer gehandelt hat. Die Hausreinigung mit alten Maschinen, Arbeitsweisen und Gedanken wird auch dort, wo man sich höchst fortschrittlich dünkt, viel zu zaghaft und viel zu sehr mit dem Blick nach des Käufers Tasche und des Arbeiters Lohnkarte vorgenommen. Anstatt Mittel und Kräfte ungeteilt auf die Einstellung allerneuester Maschinen und hochqualifizierter Techniker zu verwenden, wird viel Zeit und Kraft für die lächerliche Jetererei über zu hohe Löhne und für Schutzollpropaganda, das heißt also für die Schröpfung der Arbeiter und der deutschen Verbraucher verbrochen. Auf diese Art dürfte die Notlage der Automobilindustrie bestimmt nicht zu beheben sein.

Früh Kummer, Stuttgart.

Lebensmittel, Wohnung sowie Heiz- und Leuchtmittel 146,6. Diese vom Statistischen Amt der Stadt Berlin neu errechneten Indeziffern sind kein Ausdruck der Kosten der Lebenshaltung, sondern stellen die durchschnittliche Teuerung aller von der Statistik erfaßten Lebensbedürfnisse der genannten Art dar.

Die starken Widersprüche der Berechnungen ergeben, wenn man sie mit den tatsächlichen Aufwandskosten vergleicht, zum mindesten einen Schluss: Die Methode, mit der das Statistische Reichsamt die Teuerung zu erfassen sucht, ist unzulänglich. Die Gewerkschaften haben dagegen auch bereits Einspruch erhoben. Es würde zu weit führen, hier die Gründe des Mißverhältnisses im einzelnen darzulegen. Sie beruhen vor allem darauf, daß das Statistische Reichsamt bei seinen Feststellungen von einer Reihe von Waren ausgeht, die den heutigen Bedarf nicht mehr einwandfrei spiegeln. Das Volk ist verarmt; es muß oft zu minderen Qualitäten der Nahrung und Bekleidung greifen, um sich den Wirkungen der Teuerung zu entziehen. Mindere Qualitäten sind aber auf die Dauer die teuersten.

Es wäre an der Zeit, daß man endlich dem Reichsindex umfassende Erhebungen über die tatsächlichen Aufwandskosten gegenüberstellt. Das Statistische Reichsamt scheint dazu infolge von Personemangel und Ueberbürdung nicht in der Lage zu sein. Eine hervorragende Aufgabe erwächst hier den Gewerkschaften, die mit herartigen Untersuchungen die geistigen Waffen der Arbeiterschaft im Lohnkampf außerordentlich schärfen würden.

## Befriedigende Ernte in Hadfrüchten.

Als letzte in der Reihe der im August beginnenden Ernteeor-schätzungen liegen nunmehr die Angaben für Kartoffeln, Rüben und Weiztrot vor. Ueber die voraussichtlichen Hektarerträge berichtet die „Statistische Korrespondenz“:

Die Kartoffelernte ist in den einzelnen Gegenden Preußens viel gleichmäßiger, und zwar durchweg besser, ausgefallen, als es sich nach den Meldungen über das vielfach sehr wechselnde und unguinstige Spätsommerwetter erwarten ließ. Bei Kartoffeln entspricht der Staatsdurchschnitt genau dem, was man von einer Normalernte verlangt; die Provinzen Sachsen, Brandenburg und Pommern liegen noch wesentlich über diesem recht befriedigenden Satz, und selbst in den unguinstigsten westlichen Gegenden bleibt der Ertrag mindestens leidlich.

Ein Vergleich mit den Vorjahren zeigt, daß die Kartoffel- und Zuckerrübenerte günstiger als in den Jahren 1923 und 1921 steht, an Höhe der Ziffern also nur von dem Jahre 1922 übertroffen wird. Auch dieser Vergleich zeigt die Hadfrucht- und Kohlernte des laufenden Jahres in recht gutem Licht, da die Ziffern Erträge für Kohlrüben, Runkelrüben und Mohrrüben nur noch von den sehr günstigen Jahren 1922 und 1923, bei Weiztrot dagegen überhaupt nicht übertroffen werden.

Die gesamten Erntemengen im Vergleich mit dem Vorjahre ergeben folgendes Bild:

Im laufenden Jahre sind insgesamt 257 115 181 Doppelzentner Kartoffeln gegen 222 773 484 Doppelzentner Kartoffeln im Jahre 1923 zu erwarten, was einem Plus von 15,4 Proz. entspricht. Die entsprechenden Ziffern für Zuckerrüben sind für 1924: 76 137 187 Doppelzentner, 1923: 86 387 167 Doppelzentner (plus 14,7 Proz.); Runkelrüben 114 787 506, 1923: 123 736 905 (minus 7,2 Proz.). Für Kohlrüben und Mohrrüben ergibt sich dem Vorjahre gegenüber ein Defizit von 12,7 bzw. 17,1 Proz., während die Weiztrotternte mit ihren 4 752 820 Doppelzentnern ein Plus von 6,4 Proz. aufweist.

Die Förderung des Wechselkredits durch die Reichsbank. Die Reichsbank bemüht sich schon seit langer Zeit, den Warenkredit durch den Wechselkredit zu ersetzen. Sie will so u. a. auch eine Diskontermäßigung erzielen. Bereits bei Lockerung der Restriktionen und Erhöhung der Kreditsummen um 10 Proz. hat sie diese Maßnahmen von der Bedingung abhängig gemacht, den Wechsel nicht allein als Kreditmittel, sondern wie früher wieder als Zahlungsmittel zu verwenden. Der Plan der Reichsbank hat besonders in den industriellen und gewerblichen Verbänden Widerstand gefunden. Die Reichsbank richtet nun unter dem Datum des 31. Oktober ein Schreiben an die Handelsverbände, in dem auf die Notwendigkeit des Uebergangs zum Wechselkredit hingewiesen wird. Die Reichsbank ist der Auffassung, daß sich das Ziel erreichen läßt, wenn die Verbände von der Forderung der ausschließlichen Barzahlung abgehen und Warenkredite in Wechselform günstiger ausfallen als Kredite in Form der offenen Warenschuld. Weiter hat die Reichsbank an die Banken das Ersuchen gerichtet, Kredite an die Wirtschaft nicht mehr vorzugsweise im Wege der Buch- oder Kontokorrentkredite, sondern mehr in Form der Diskontierung ordentlicher Geschäftswechsel zu angemessenen Zinsen zu gewähren.

Belegung der Bautätigkeit. Der Deutsche Bauwerksverband konnte Anfang Oktober einen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe buchen. Es wurden 25 650 Arbeitslose gezählt gegenüber 34 838 im August und 34 341 im Juni. Die Bautätigkeit hat sich danach gehoben. Baurechte sind in günstigerer Weise erhältlich. Die Besserung dürfte anhalten, da aus vielen Gegenden die Inangriffnahme neuer, zum Teil größerer Bauprojekte gemeldet wird.

## Das Indeztrüfel.

Die Lebensmittelpreise steigen — der Indez, der die Lebenshaltungskosten im Reichsdurchschnitt anzeigt, bleibt hingegen unverändert. So wird jetzt wieder amtlich gemeldet:

Die Reichsindeziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) für Mittwoch, den 29. Oktober, ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts gegenüber der Vormoche unverändert geblieben. Sie beträgt das 1,23fache der Vorkriegszeit.

Diese Mitteilung ist um so auffällender, als andere Messungen die Verteuerung der Lebenshaltung in der letzten Zeit deutlich anzeigen. So hat der Lebenshaltungskostenindex der „Industrie- und Handelszeitung“ in der Woche vom 24. bis 31. Oktober eine Steigerung von 121,8 auf 122,1, mithin um 0,3 Proz. erfahren. Von den verschiedenen Gruppen-Indeziffern erfährt auch in der

abgekauften Woche nur die Gruppe Ernährungskosten eine Veränderung (plus 0,5 Proz.), die in erster Linie auf die steigenden Fleischpreise zurückzuführen ist. Allerdings sanken diese Preise gegen Ende dieser Woche, nachdem sie noch zum Wochenbeginn stark gestiegen waren.

Daß die Preissteigerung des wichtigsten Lebensbedarfs wesentlich größer ist, als es der Reichsindez angibt, geht auch aus den Berechnungen des Berliner Statistischen Amts hervor:

Die Berliner Kleinhandels-Indeziffer des Statistischen Amts stellte sich nach den Berliner Wirtschaftsberichten am 29. Oktober, 1913 gleich 100 gesetzt, für Fleisch- und Wurstwaren auf 139,7, für Fische auf 201,7, für Milch und Milch-erzeugnisse auf 167,7, für Brot, Mehl und Nahrungsmittel auf 114,4, für Hülsenfrüchte auf 137,7, für Gemüse auf 186,9, für sonstige Lebensmittel auf 150,3, für Heiz- und Leuchtmittel auf 118,5 und für Wohnung auf 66,0. Der Index für sämtliche Lebens-mittel zusammen betrug 151,8 und der Gesamtindex für

**Wenn Sie wüßten**  
wie sicher und bequem Sie Ihre  
**Hühneraugen und Hornhaut**  
durch „Lebewohl“  
los werden, würden Sie sich nicht erst mit  
minderwertigen Mitteln herumärgern.  
„Lebewohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerzlindernd.  
Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf.  
— Seit 20 Jahren bewährt. —  
In Drogerien und Apotheken zu haben.  
**Verlangen Sie ausdrücklich Lebewohl mit Filzring!**



Die mild-aromatische

**WALASCO**

Waldorf-Eigarette



**Jackett-Anzüge 30, Ulster 28, Damenmäntel 25 M.**

**Extra-Angebote in Pelzwaren:** Kreuztuchse 10, geb. L., Ziegen 15, Sportpelze 70, Gehpelze 100, Pelzmäntel, Pelzjacken, ferner Teppiche, Wäsche, Gardinen, Schuhe usw. = **enorm billig** = im **Leihhaus Moritzplatz 58 a** Kleine Lombardstr.



# Die Union der Konfusion.

Sie will ihr eigenes Kind ersticken.

## Die Herrschaften unter sich.

Im kommunistischen Lager ist bekanntlich eine kleine Meinungsverschiedenheit entstanden über die Auslegung des Moskauer Weltkongreßbeschlusses zur kommunistischen Gewerkschaftsfrage: Hinein in die Gewerkschaften! Die KPD-Zentrale faßt diese Parole dahin auf, daß sie die Aufforderung zum Wiedereintritt in die freien Gewerkschaften bedeute, während die Leute mit dem eigenen Boden diese Aufforderung zu ihren Gunsten auslegen. Der als „Schumacher“ benannte Zwischenfall ist mit dem Ausschluß des „Union“-Beyers, des „Ausgesparten“-Kaiser und des Schmieders-Schumacher, der Müller, Bienthal, Czerni, Schmidt, Schiele, Grauf „und vieler anderer“ noch nicht beendet. Die Berliner Union klagt, daß einige Parteibureaueintritte der KPD, es fertig gebracht haben, die Union zu spalten. Der preussische Landtagsabgeordnete Gustav Sobotta und „der rühmlichst bekannte Hubert Serwe“ hätten erklärt, die Union habe sich außerhalb der Roten Gewerkschaftsinternationale gestellt. Das sei purer Schwundel, sagt Beyer.

In Berlin-Schöneberg ist eine neue Schöneberger Union aufgemacht worden. Kollegen und Genossen! Beachtet den Bericht vom Bezirkstag, beachtet die Beschlüsse, so werdet ihr erkennen, welch triviales Spiel jene Leute um Sobotta treiben. Wir wissen, daß sich kein aufrichtiger Kollege dazu finden wird, die Schöneberger Union anzuerkennen. Der bekannte Paul Gehlmann ist dort als befohlener Bezirksleiter eingeleitet worden. Lange Monate war er vorgeschlagen. Nun, durch die Spaltung haben die Leute es endlich geschafft, einen Ruheposten zu erhalten.

Wenn Albert Müller vom Lorenzwerk und Sawahki (Kabelwerk) sich an dieser Bezirksleitung mit beteiligen, so brauchen wir keinen Kommentar hinzuzufügen.

Die Unionsmitglieder werden vor dieser neuen Union, von der Beyergruppe gewarnt, in die sich „Leute hineingefügt“ haben, die nirgends gewählt sind.

Sobotta, wie Serwe und ein gewisser Max Müller haben im vergangenen Jahre die Union im Ruhegebiet zerfallen. Von der einst so stolzen, annähernd 85 000 zählenden Bergarbeiterschaft sind nur noch 10 000 organisiert. Die gleiche Arbeit hat Sobotta und Co. in Halle vor einigen Monaten verrichtet. Auch dort ist von jenen die Union zerfallen worden. Im Ruhegebiet ist die Arbeit erledigt. Halle ist gefolgt.

Jetzt soll Berlin herankommen.

Das ist in dem Mitteilungsblatt der Industrie-Gruppe Metall der Union der Hand- und Kopfarbeiter (Nummer 8, 25. Oktober) zu lesen und zum Schluß:

„Vor aller Öffentlichkeit stellen wir diese „Arbeiterführer“ bloß; sie sind diejenigen, die im letzten Jahre alles, was sich an revolutionären Gewerkschaften regt, zerfallen. Unsere Kollegen und Genossen sind gewarnt. Wir sind leider verpflichtet, den Kampf jetzt nicht nur zu führen gegen die Unternehmer, gegen den ADB, nein, auch gegen die Sobotta, Gehlmann und Konsorten.“

Das Blatt berichtet dann über einen Bezirkstag der Union in Berlin. Ein Genosse Kaspar stand am Saaleingang der Sophienstraße und sagte:

„Was die da heute machen, die wollen mich nicht herein lassen, aber“

der ganze Laden soll heute hochgehen.“

Auf diesem Bezirkstage hielt Schumacher im Auftrage des Kartells eine Begrüßungsansprache:

„Die selbständigen Verbände sind Organe der revolutionären Arbeiter... Der Streit der selbständigen Verbände hat seine Grundursache in der falschen Auslegung der Beschlüsse des 3. Kongresses der KPD... Der Bezirkstag muß den Kampf gegen all seine Feinde aufnehmen und, wenn es notwendig ist, auch gegen den deutschen Reichsarbeiterausschuß (der KPD).“

In seinem Referat meinte Beyer:

„Wenn den selbständigen Verbänden Gelegenheit gegeben wird, die breiteste Propaganda in der Rückenarmee der Unorganisierten zu entfalten, wenn die selbständigen Verbände an Stelle von 10 000 Arbeitern 100 000 in ihren Reihen vereinigen haben, dann ist es leichter möglich, den ADB zu Verhandlungen zum Zwecke der Vereinigung zu zwingen...“

Der Berichterstatter über die Lohnkämpfe führte u. a. aus: „Rede: von der KPD-Zentrale hat vor einem halben Jahr die Industrieorganisation ins Leben gerufen, die gesamte damalige linke Parteirichtung hat die Gründung der Ind.-Org. gefördert.“

Jetzt will sie ihr eigenes Kind ersticken.

Sie hätte es nicht erstickt, wenn die von der KPD vorge-schobenen Personen wie Gehlmann und Redekfi, Albert Müller und Konsorten in die Leitung hineingewählt worden wären. Wir müssen für die Zukunft scharf gegen diese Leute vorgehen...“

Sobotta als Korreferent sagte von der Union:

„Die Union hatte schon in vielen Gebieten Mitglieder. Sie konnte den Arbeitern auch nichts Besseres geben, deswegen sind sie wieder ausgestiegen.“

Die Vermutung liegt vor, daß, wenn die selbständigen Verbände unter Führung von Schumacher und Beyer groß werden, sie dann dem Sozialismus zugeführt werden. (Belächler.) Ihr seid unsere Gegner, wir werden, wenn es nicht anders geht, organisatorisch gegen Euch vorgehen müssen. Wir lassen uns nicht gefallen, daß gegen uns Organisationen aufgezogen werden, das ist verflucht. Wir haben über Euch zu wachen, wir fordern Euch auf, treu auf dem Boden der Beschlüsse der KPD, des RAA und des Bochumer Kongresses zu stehen.“

Sawahki wies „auf eine Versammlung vor einem Jahre im Kabelwerk“ hin, in der Genosse Schumacher sprach. Da war Schumacher so ein Kommunist, als wollte er die Revolution allein machen. Heute geht er aus der Partei oder wird ausgeschlossen. Und

wir werden noch viel mehr ausschließen...“

Genosse Wagner spricht gegen die Ausführungen Sawahkis, er geht auf die illegale Sitzung mit den Russen ein. Weiter weist er darauf hin, daß er heute in der Münzstraße war und dort einen Stapel von ausgeschlossenen Genossen gesehen hat, unter all diesen waren nur einige nicht gewerkschaftlich organisiert. Alle anderen waren jahrelange Funktionäre einer Gewerkschaft.

Kaiser vom Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter erklärte den Streit zwischen der KPD und den selbständigen Verbänden für bedauerlich.

„Was liegt vor? Erstens, dürfen die selbständigen Verbände Unorganisierte aufnehmen? Zweitens die Frage der Erhaltung des Kartells. Wenn ein Leiter einer Organisation sich weigert, Unorganisierte aufzunehmen, dann tun die Mitglieder recht daran, wenn sie beide Flügel der Tür aufmachen und den Betreffenden rauschmeißen. Die Wiedervereinigung haben wir uns als Bauarbeiter als Hauptaufgabe gestellt, sie kann aber nur geschaffen werden, wenn die notwendigen Voraussetzun-

gen dazu geschaffen sind. (Die Gegenorganisation stark genug ist. D. R.)

„Wenn der Kampf so weit gegangen ist, daß man von 1000 Bauarbeitern jetzt“

38 Vorstandsmitglieder aus der KPD, ausgeschlossen

hat, so freut sich nur der lachende Dritte, das ist der Baugewerksbund und die Bauunternehmer. Mit den 38 Genossen haben sich bereits 100 solidarisch erklärt und werden vielleicht noch 300 mit uns Solidarität üben. Mit der ganzen Frage muß jetzt Schluß gemacht werden.“

Damit der Humor bei diesem ganzen Schindluderstreiben mit den Arbeitnehmerinteressen nicht fehlt, hat auch dieser Bezirkstag eine Entschließung gefaßt „zur Verwirklichung der Einheitsfront aller arbeitenden Schichten“.

Die Beiträge wurden in 4 Klassen mit 20, 30, 40 und 60 Pf. festgesetzt. Gegen die „Massenausflüsse von Gewerkschaftlern aus der KPD“ wurde eine Protestresolution beschloffen. In einer weiteren Entschließung gegen die Schreibweise der „Roten Fahne“ heißt es:

„Die persönliche Heße gegen einige führende Genossen der selbständigen Verbände ist niederträchtig. Der Bezirkstag fordert, daß die „Rote Fahne“ diesen persönlichen Kampf einstellt.“

Der „Laden“ ist noch nicht „hochgegangen“, trotzdem Sobotta sich besonders gegen die Einführung von Streit- und Maßregelungsunterstützung wandte und mit Gegenmaßnahmen drohte.

„Ihr spaltet die Union, Ihr seid Verbrecher“.

wird ihm zugerufen. Die vier Freigestellten (wie die Kapediten ihre „Bonzen“ nennen) wurden einstimmig gewählt, nachdem sie eine Erklärung abgegeben hatten, daß sie auf dem Boden des Kartells stehen.

Die Zeitpflücker sind dabei, sich selber zu zerplütern. Wir wollen sie dabei durchaus nicht stören. Wir wollen nur, daß die Berliner Arbeiterschaft sich das Affentheater ansieht und sich um so eifriger der Stärkung der freien Gewerkschaften widmet.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**  
Geschäftsstelle: Berlin C. 14, Sebalienstr. 37/38, Hof 2 Tr.  
Kameradschaft Niederschöneweide, 15. Kreis: Die gesamte Kameradschaft trifft sich Sonntag, den 2. November, um 1 Uhr am „Sammelpunkt“ Feuerwehrgelände, Niederschöneweide. Von dort erfolgt der Marsch nach Albershof. Die restlose Beilegung ist Pflicht. — Kameradschaft Wilmersdorf: Am Sonntag, den 2. November, abends 6 Uhr, im Logenhaus, Wilmersdorf, Euler Str. 12-13, Winterfest, verbunden mit Kabarett, Tanz, Tombola, Eintrittsgeld 10 Pf. Reservistinnen als Gäste willkommen. — Kameradschaft Kreuzberg, Jugendbaruppe 1: Am Sonntag, den 3. November, abends 8 Uhr, im Turnhalle Nützenstraße 33. — Kameradschaft Friedrichshagen: Am Mittwoch, den 3. November, abends 8 Uhr, treffen sich sämtliche Kameraden in der „Königsbahn“, Große Frankfurter Straße, am Ende des Seebades. — Kameradschaft Charlottenburg: Der Turnabend am Dienstag, den 4. November, fällt aus, dafür ersetzter Abend im Schiller-Saal, am Ende, Anfang abends 8 Uhr. Reservistinnen als Gäste willkommen. Scharführer Kameraden neuen Leistungsstellen freien Eintritt. — Kameradschaft Köpenick einigt, sämtlicher Unterguppen: Am Sonntag, den 2. November, Teilnahme an der Penfalscheinweihung in Albershof, Treffen nachmittags 1 Uhr Albershofer Park. — Kameradschaft Berlin-Mitte: Treffpunkt amends Teilnahme an der Föhnweihung in Spandau am Sonntag, den 2. November, morgens 8 1/2 Uhr. Die Rüge 1-2 am Lehr-Bahnhof, Abfahrtsstelle. Alle übrigen Rüge 8 Uhr Landwehrber Str. 89.

Reichsbund der Kriegsbefähigten und Hinterbliebenen, Bez. Weibing 2, Mittellager-Versammlung Montag, den 3. November, abends 8 Uhr, im Reichs- und Goethehaus, Panitzsch, 22. Bericht vom Canton.

Reichsligale Gemeinde, Sonntag nachmittags 11 Uhr, Farnseelake 15, Vortrag des Herrn Dr. B. Kuntz: „Gott, Heros, ein Dichter und Held“.

Im Rahmen der Winterproletenversammlungen spricht am Montag abend Landwehrber Genosse Huben in Rappentier, Dortheim-Schule, über das Thema „Grund des Rietertums“. Beginn 7 1/2 Uhr.

Kommunistische Verkehrsstelle, v. B. Vortrag über „Das moderne Volkstheater“ Donnerstag, den 6. November, 8 1/2 Uhr, im Kollendorf-Rohms, Rietertstraße 41, Eintritt für jedermann frei.

## Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Montag, den 3. November, nachmittags 5 1/2 Uhr, in den „Sophien-Sälen“ (großer Saal), Sophienstraße 17/18:

### Generalversammlung.

Tagordnung: Berichterstattung von den Vorstandsmitgliedern.

In dieser Generalversammlung haben außer den Delegierten die Vertreter gemäß § 4, Abs. 1 und die Vertreter der Betriebe nach § 4, Abs. 2, Zutritt (großer Stempel 1924). Eintritt nur gegen Vorzeigung der Legitimationkarte.

Der Vorstand.

**Möbel auf Kredit!**  
An- und Abzahlung nach Belieben!  
Schlafzimmer, Küchen, Einzelmöbel  
Riesen-Auswahl!  
Landwehr  
Müllerstraße 7, vorn 1 Treppa  
(an Weddingerplatz)

Die Berliner Städtischen Wasserwerke Akt.-Ges. beabsichtigen die Errichtung eines Zuluftkanals in Berlin SO auf dem Grundstücke Reichlerstr. 30 u. 22. Etwaige Einwendungen gegen diese Anlage sind bei dem unterzeichneten Stadtausschuß binnen 14 Tagen, vom Tage nach der Veröffentlichung ab gerechnet, schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ab dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Besondere und Zeichnungen der geplanten Anlage liegen in unserem Bureau, Berlin C. 2, Wollfstraße 17, 1. Etz., Zimmer 25, an den Geschäftstagen in der Zeit von 8 bis 2 Uhr während der oben bezeichneten Zeit zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird vor unserem Kommissar, Stadtschreiber Kunde, am Dienstag, den 19. November 1924, nachmittags 2 Uhr, befristet ein Termin anberaumt, zu dem die Unternehmer sowie die Widerspruchenden unter der Führung geladen werden, daß auch bei ihrem Ausbleiben mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen wird.  
Berlin, den 30. Oktober 1924.  
Der Stadtausschuß Berlin, Abt. 1  
Schneider.

**Garbaty-Zigaretten!**  
Saba 25, 5 C. M., Port 42.— und andere Marken-Zigaretten billig.  
Geny, Wichauer Straße 2, v. 1. Etz., Nähe Grenzwald, nahe Göttinger Str. Rgt. 8868

# Haben Sie kalte Füße?

## Wo kalte Füße

das Fußnervensystem schwächen und zum Tragen von Stiefel-einlagen nötigen,



wo infolge kalter Füße Katarrhe aller Art, Schnupfen, Husten, Heiserkeit, Rheuma, Gicht, Podagra den Körper zermürben und die Schaffenskraft mindern, wo infolge kalter Füße nachts stundenlang kein Schlaf eintritt,

da hilft

# O-SO-WARM

Dr. med. Brandau's

nach bewährtem

Fußpflege (gasetal. gesch.)

medizin. Patent



**Chasalla Schuh- und „O-so-warm“-Vertrieb:**



**BERLIN:**

W. 8, Leipziger Straße 19  
C. 2, Königstraße 22-24  
W. 50, Tauentzienstraße 18 a  
W. 35, Potsdamer Straße 56

**Garderobe**  
In guten Qualitäten (Ersatz für Maßarbeit)  
**auf Teilzahlung**  
bei kleinster An- und Abzahlung  
und ganz bequemen Wochen- oder Monatsraten  
ganz nach Wunsch der Käufer.  
Zwecks Räumung meiner Riesenlager werden  
**300 Anzüge, Paletots, Ulster u. Burschen-Anzüge**  
zu billigen Preisen abgegeben.  
Bei genügender Legitimation sofortige Aushändigung der Ware.  
**COHN**  
Im Osten: **Große Frankfurter Straße 58**  
(5 Minuten vom Alexanderplatz)  
Im Norden: **Badstraße 47-48** (5 Minuten v. Bahnhof Gesundbrunnen).  
Man achte genau auf Firma und Hausnummer!



